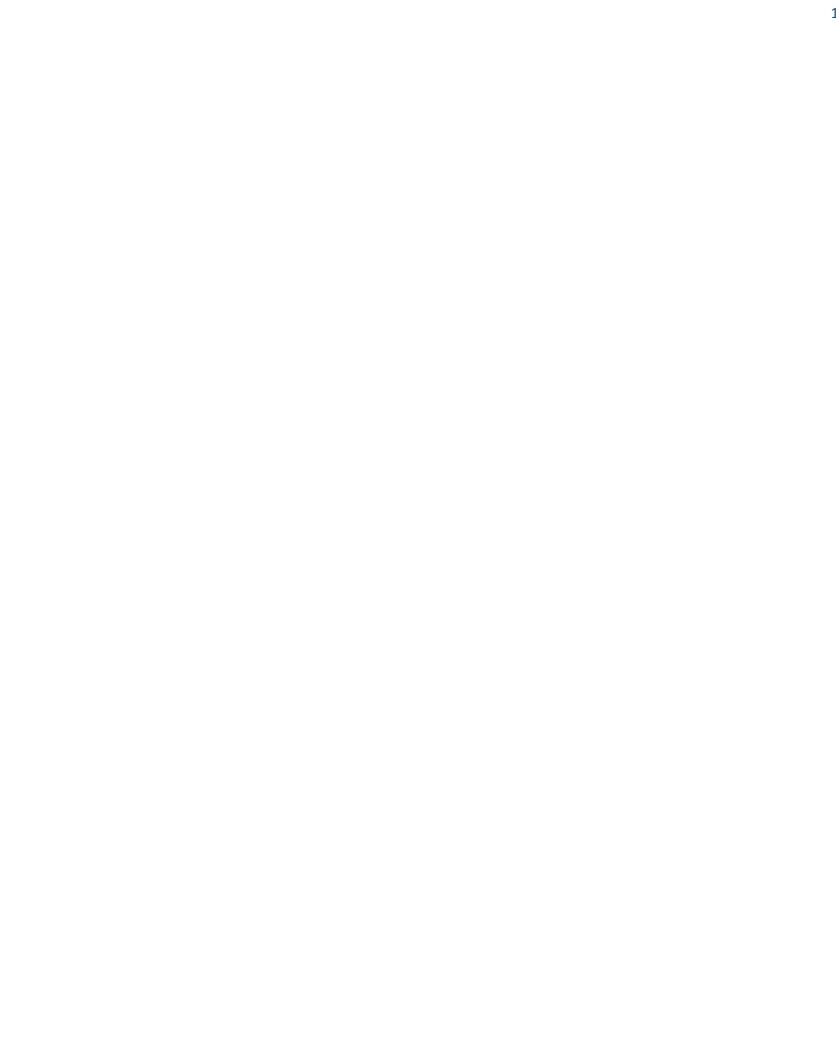
DASL Kompakt

Halbjahresbericht der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung





1 | 2018 DASL – Kompakt | 3

Vorwort



Prof. Dr. (I) Elisabeth Merk

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

das erste Quartal 2018 hat viele unserer Themen von Wohnungsbau über Mobilität bis zur Bodenreform auf die Agenda der Bundespolitik gebracht. Nachdem nun die Zuordnung der Ressorts erfolgt ist, eröffnet sich uns die Möglichkeit, konkret an die parlamentarischen Vertreter heranzutreten. An dieser Stelle sei allen Mitgliedern gedankt, die in Arbeitsgruppen, Briefen und Initiativen dazu beigetragen haben, diese Themenfelder von Seiten unserer Akademie in die Politik zu tragen.

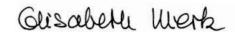
Dieses Jahr stehen eine Fülle von interessanten Veranstaltungen auf unserer Agenda wie etwa die Kooperation mit dem Europäischen Kulturerbejahr 2018. So wurde bereits im Dezember beim Wissenschaftlichen Kolloquium in Hamburg zum Thema "Kulturgut Europäische Stadt" die Weiterentwicklung des städtebaulichen Denkmalschutzes vor dem Hintergrund anderer europäischer Erfahrungen diskutiert. Nun wurde im April in Rostock mit einem Wissenschaftlichen Kolloquium zum Thema "Praxisfeld Historische Städte" ergänzt.

Die Jahrestagung wird im September in Mainz das Thema der Migration als Teil des kulturellen Erbes in Europa beleuchten. Ebenso wird dieses Jahr wieder der Städte-

baupreis vergeben, der im Sonderpreis die Frage nach der Weiterentwicklung von Orten der Bildung und Kultur stellt, die im Zusammenhang mit den großen Stadtentwicklungen der 70er Jahre gebaut wurden und deren bauliches wie demokratisches Erbe es zu erneuern gilt. Dank gilt hier im Besonderen der Wüstenrot Stiftung für die Unterstützung des Preises und allen Akteuren. Die Aufzählung ließe sich noch weiterführen.

Für die offene Diskussion in den Landesgruppen und im Präsidium zu verschiedenen Themen möchte ich mich bedanken und bei den Instituten für ihre Arbeit. Ich denke, wir sind eine lebendige Akademie, die in der Lage ist, aktuelle Themen aufzugreifen. Mein ganz besonderer Dank gilt jedoch Johann Jessen für sein Engagement in der Erstellung der Publikationen für das Projekt "100 Jahre DASL".

Ich wünsche Ihnen allen eine schöne Zeit.



Prof. Dr. (I) Elisabeth Merk Präsidentin







Preisverleihung DSP 2018

16

JAHRESTAGUNG 2018 in Mainz

Mainz Fachseminar Städtebau am ISB

20

In diesem Heft

- 6 DASL Aktuell
- 8 DASL Veranstaltungen
- 24 DASL Landesgruppen
- 28 Fortbildungsinstitute ISB / ISW
- 29 ISB Aktuell
- 30 ISW Aktuell
- 32 ISB / ISW Veranstaltungen
- **36 Forschungsinstitut ZIR**
- 37 ZIR Aktuell
- 38 Vorschau 2018
- 40 Personen der Akademie und der Institute
- 42 Impressum

Über die Akademie

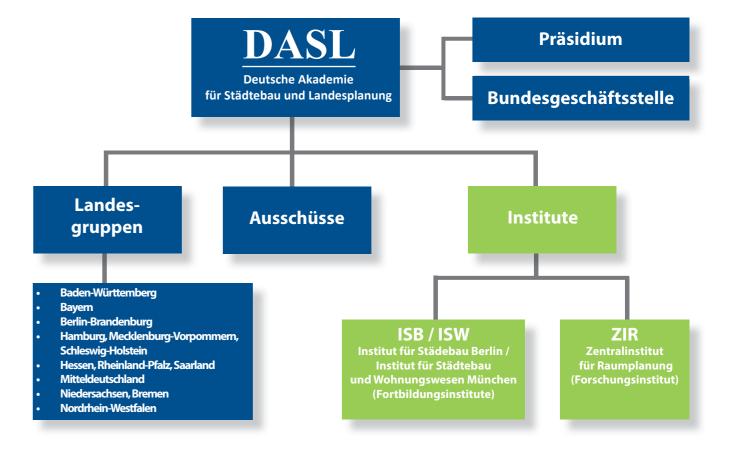
Die DASL ist ein Zusammenschluss von Fachleuten, die auf den Gebieten des Städtebaus und der Landesplanung oder der damit verknüpften Forschung und praktischen Planung durch besondere Leistungen hervorgetreten sind. Die Institution geht zurück auf die 1922 gegründete Freie Akademie des Städtebaus und hat sich 1946 unter dem heutigen Namen konstituiert. Die Akademie ist in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins organisiert und hat ihren Sitz in Berlin.

Die Zahl der Mitglieder ist satzungsgemäß auf 400 beschränkt. Auf diese Zahl werden die Mitglieder, die das 65. Lebensjahr überschritten haben, nicht angerechnet. Neue Mitglieder werden auf Vorschlag einer Landesgruppe vom Präsidium berufen. Zu Korrespondierenden Mitgliedern werden Fachleute aus dem Ausland berufen. Natürliche und juristische Personen, die das Wirken der Akademie zu unterstützen bereit sind, können Fördernde Mitglieder werden.

Die DASL hat das Ziel, Städtebau und Landesplanung in Wissenschaft und Praxis zu fördern. Sie erfüllt dies, indem sie sich durch wissenschaftliche Arbeiten und Gutachten, in Vorträgen und auf Tagungen mit den Problemen der räumlichen Umwelt auseinandersetzt, die gewonnenen Erkenntnisse auswertet und der Öffentlichkeit zugänglich macht.

Sie bietet auch ein Forum, in dem unterschiedliche Gruppierungen der Gesellschaft und an der Stadtentwicklung interessierte Kreise der Wirtschaft mit Fachleuten der Planung zur Diskussion zusammengeführt werden. Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang den drei Instituten zu, die von der Akademie getragen werden.

Die Akademie gliedert sich in acht Landesgruppen, in denen sich ein Großteil der Arbeit der Akademie vollzieht. Zur stärkeren Einbeziehung der Mitglieder sind Ausschüsse tätig.



DASL Aktuell

Die DASL als Akteurin im Europäischen Kulturerbejahr



Spätestens seit der Auftaktveranstaltung im Rathaus der Freien und Hansestadt Hamburg am 8. Januar 2018 ist bekannt, dass die EU das Jahr 2018 zum Europäischen Jahr für das kulturelle Erbe – European Year of Cultural Heritage – ausgerufen hat.

So plötzlich wie es da ist, so langwierig war der Vorlauf. Als politische Ambition der letzten Bundesregierung bereits in deren Koalitionsvereinbarung verankert, ist es bemerkenswert, welche Aktualität das Jahr nun gewinnt, wenn es das kulturelle Erbe in seiner europäischen Dimension betrachtet und dessen verbindende Wirkung und Bedeutung für das "Europäische Projekt" in den Fokus nimmt.

Die Bemühungen um die erneute Durchführung eines Themenjahres gründen sich auch auf die Erfolge für Denkmalschutz und Stadterneuerung, die das Europäische Denkmaljahr 1975 europaweit und für Deutschland brachte. Mit Blick auf aktuelle Folgen von Wachstumsdruck, Nutzungswandel und drängenden Anforderungen durch Klimawandel und Klimaschutz erscheint auch heute das bauliche und archäologische Erbe wieder zunehmend gefährdet.

Die Ziele auf europäischer Ebene reichen über den Schutz und die Bewahrung des kulturellen Erbes hinaus. Es geht um Vermittlung, um Wissenstransfer und Vernetzung, um Interesse und Teilhabe. Von daher fühlt sich auch die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) zur aktiven Mitwirkung aufgefordert.

Angesichts der Ziele, die das Deutsche Nationalkomitee Denkmalschutz (DNK) für die Beteiligung Deutschlands am Europäischen Kulturerbejahr im nationalen Programmaufruf vom März 2017 thematisiert, wurde die "Europäische Stadt" nicht von ungefähr als eines der fünf Leitthemen für das Kulturerbejahr gewählt. Neben vier weiteren Themen erkennt das Leitthema die Stadt als Lebens- und Alltagsort der Menschen als zentralen Baustein unseres Kulturerbes an. Als "kultureller Schmelztiegel" ist sie zugleich selbst eine gewaltige Kulturleistung.

Hier ist der Ansatz für die Beteiligung der DASL. Die Akademie ist frühzeitig dem Aufruf des DNK gefolgt und seit 2017 unter dem Label "Sharing Heritage" offizieller Partner des Europäischen Kulturerbejahres 2018.

Bereits im Sommer 2016 hat die DASL den Ausschuss "Denkmal- und Baukultur" zur Vorbereitung von Beiträgen für das Europäische Kulturerbejahr gegründet. Ziel sind neue Ideen und pragmatische Impulse für eine Profilierung des Zusammenwirkens von Professionen, Aufgaben und Instrumenten im Dreiklang: Bewahrung von kulturellem Erbe und baulichem Bestand, angemessene Transformation und städtische Weiterentwicklung.

Um den Dialog in Gang zu setzen, organisiert die DASL mit Partnern einen Zyklus von Veranstaltungen, die sich den Fragen des Europäischen Kulturerbejahres in Bezug auf die Kernkompetenzen der Mitglieder widmen.

Den Auftakt bildete das Wissenschaftliche Kolloquium am 1. und 2. Dezember 2017 zum Thema "KULTURGUT EUROPÄISCHE STADT: Entwicklungsdynamik. Bestandspflege. Teilhabe". Im Fokus waren zunächst Fragen wie: Was zeichnet das städtische Kulturgut im Kern aus, wie vermitteln wir dessen Werte in Zeiten von Wachstum und Veränderung und welchen Umgang damit finden wir in Städtebau, Stadtplanung und Stadtentwicklung? Für Denkmale gibt es ausgefeilte Regelungen und Grundlagen. Aber wie gewinnen wir eine breite und zunehmend diversifizierte Öffentlichkeit für deren Erhalt? Wie generieren wir Interesse und Ideen für das "Kulturgut Stadt" über die Denkmale hinaus, für erhaltenswerte Bausubstanz, die die DNA der Stadt ausmacht und Raum gibt für Identität und Teilhabe? Im Austausch europäischer Ansätze in Planungsprozessen und Zivilgesellschaft wurden Herausforderungen für Wissenschaft, Politik und die Umsetzung in einer bestandsorientierten Kommunalpraxis beleuchtet.

Die Fragen, die beim Wissenschaftlichen Kolloquium v.a. theoretisch debattiert wurden, wurden vom 19. bis 21. April 2018 in der Hansestadt Rostock praktisch beleuchtet. Als zentrales und aktuelles Thema des städtebaulichen Denkmalschutzes wurde die Praxis im Spannungsfeld zwischen Entwicklungsdynamik und Bestandspflege in den Mittelpunkt der Tagung

"Praxisfeld Historische Städte. Entwickeln – kooperieren – umsetzen" gestellt. Divergierende Interessen, unterschiedliche Wertorientierungen, aber auch Synergien zwischen einer wachstumsorientierten Stadtpolitik, sozialer Quartiersentwicklung und Baukultur müssen stets neu austariert werden Eingefahrene Routinen und institutionelle Verfestigungen sind infrage zu stellen; neue Ansätze der Kooperation und des Interessenabgleichs werden gesucht. Dies gilt sowohl für sich dynamisch entwickelnde, für stagnierende und schrumpfende Städte.

Auch der Deutsche Städtebaupreis, der von der DASL ausgelobt und von der Wüstenrot Stiftung gefördert wird, geht mit dem Sonderpreis zum Thema "Orte der Bildung und Kultur im städtebaulichen Kontext" auf Herausforderungen des kulturellen Erbes im städtischen Kontext ein. Symposium und Preisverleihung am 27. September 2018 in Mainz finden am Vorabend der DASL-Jahrestagung statt. Thema der Tagung, die die Akademie gemeinsam mit dem DNK am 28. und 29. September 2018 ausrichtet, ist "Migration als Alltag".

Angesichts der untrennbaren Verbindung von Stadt-und Regionalentwicklung mit Migration und Wanderungsbewegungen werden unter Einbeziehung unterschiedlichster Fachdisziplinen aktuelle Anforderungen an Planung herausgearbeitet. In Referenz zum Europäischen Kulturerbejahr 2018 wird Migration als Teil des kulturellen Erbes Europas beleuchtet. Die Tagung soll auch dazu beitragen, Anforderungsprofile für funktionierende Orte des Ankommens und der dauerhaften Integration herauszuarbeiten und zu schärfen. Zur Suche solcher Orte wurde ein Call for Papers ausgerufen. Die Auswahl fand im Rahmen eines gemeinsamen Workshops der DASL und der Schader Stiftung am 9. März 2018 in Darmstadt statt.

Dr. Dagmar Tille, Leiterin der Obersten Denkmalschutzbehörde/ UNESCO-Welterbe bei der Senatsverwaltung für Kultur und Europa und Vorsitzende der DASL Landesgruppe Berlin-Brandenburg

DASL Aktuell DASL Aktuell

Rückblick: DASL Jahrestagung 2017

Komplexität und Unsicherheit: Planung in Zeiten beschleunigten Wandels Dr. Friedemann Kunst: Bericht von der Jahrestagung im Oktober 2017



Präsidiumsmitglieder mit Katrin Lompscher bei der DASL Jahrestagung 2017



ESMT Berlin als Tagungort der DASL Jahrestagung 2017

1. Das Thema

Planung braucht Vorausschau, weil die Realisierung des Geplanten längere Zeit beansprucht und das Realisierte sich über lange Jahre hinweg auch unter den künftig gegebenen Rahmenbedingungen bewähren soll. Das gilt für die raumbezogene Planung in besonderem Maße. Nicht lange ist es her, dass überlokale, globale Entwicklungen eher als konstante, jedenfalls abschätzbare Rahmenbedingungen aufgefasst wurden. In den zurückliegenden Jahren mussten die Planenden jedoch in zunehmendem Maße erleben, dass diese scheinbar einschätzbaren Rahmenbedingungen sich im Ergebnis globaler Ereignisse ganz anders als erwartet entwickelt haben (Zuwanderung, Ölpreise beispielsweise). Einige bekannte Trends haben sich dramatisch verschärft (Klimawandel, extreme Wetterereignisse, Finanzmarktspekulation und Bodenpreisentwicklung in den Wachstumszentren) und der relativ neue Megatrend der Digitalisierung mit vielfältigen Auswirkungen auf Arbeit, Handel und Verkehr bedarf intensiver Beachtung.

Hinzu kommt, dass viele und starke Zusammenhänge zwischen den großen "Entwicklungstreibern" eine hohe Komplexität bewirken und längerfristige Abschätzungen für die räumliche Entwicklung schwierig machen. Für sorgfältige Beobachtung und Analyse fehlt aber im Handlungsdruck der Praxis die Zeit. Die Beschleunigung der Ereignisse zwingt zu schnellem Handeln. Die Planung in den großen Städten ist derweil gut damit ausgelastet, den jüngsten Wachstumsschub mit zusätzlichen Wohnungen und

weiterer Infrastruktur zu bewältigen. Sie hat es mit einer zunehmend kritischen Öffentlichkeit zu tun, die hohe Transparenz und intensive Mitwirkung an der Planung fordert oder auch Projekte blockiert, weil Einzelinteressen durchgesetzt werden sollen. Das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Handlungsfähigkeit der Politik und Verwaltung ist vielerorts beschädigt. Der Bedarf schneller Problemlösung reibt sich mit der Notwendigkeit sorgfältiger Prozessorganisation, die dafür vorhandenen Arbeitskapazitäten in den Planungsämtern reichen aber häufig nicht aus. Die planenden Ämter sind in den vergangenen Jahren im Zuge neoliberaler Politik und/oder Im Ergebnis von Sparzwängen vernachlässigt und geschwächt worden.

Die Unsicherheit über künftigen Rahmenbedingungen der räumlichen Entwicklung, neue Kompetenzanforderungen und die aktuelle Überlastung führen dazu, dass vielerorts das Gefühl einer Überforderung um sich greift.

Dies war der Hintergrund für die Konferenz, die im Oktober 2017 rund 250 Planerinnen und Planer aus der öffentlichen Verwaltung, freiberuflicher Praxis und den Hochschulen in Berlin versammelt hat. Die Konferenz bot Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch, zur Reflexion und Selbst-Vergewisserung angesichts der eben skizzierten Lage. In zweieinhalb Tagen wurde im Rahmen von Vorträgen, Podiumsgesprächen, von Gruppenarbeit an vorbereiteten Planungsbeispielen und Exkursionen vor allem drei Themenkomplexe teilweise kontrovers diskutiert:

- Wie steht es um unser Wissen und unser Verständnis der großen Trends, der "Treiber" räumlicher Entwicklungen? Wenn sich die Dynamik von dem unterscheidet, womit Planung schon immer zu tun hatte, worin besteht der Unterschied?
- Wie können wir mit der neuen Komplexität und Unsicherheit umgehen? Verändern sich unsere Handlungsmöglichkeiten? Besteht Bedarf, neu nachzudenken, von den Zielen bis zu den Strategien und Konzepten?
- Ist unser Handwerkszeug, unser planerisches Instrumentarium noch ausreichend?

2. Die Beiträge

Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller beschreibt die Rahmenbedingungen der Berliner Planungspolitik. Aufgrund von Erfahrungen in internationalen Städteorganisationen sieht er Berlin mit seinen großen Herausforderungen in guter Gesellschaft mit Metropolen weltweit, die Wachstum zu bewältigen und Infrastruktur zu erweitern haben. Der unvermeidliche jahrelange Sparkurs in Berlin habe allerdings hier einen großen Nachholbedarf aufgehäuft und die Verwaltung derart ausgedünnt, dass selbst ohne Wachstum Schwierigkeiten bestünden, öffentliche Leistungen in der erforderlichen Qualität zu erbringen. Die heute günstigere Wirtschafts- und Finanzlage mache umfangreiche Investitionen in Wohnungen, in Infrastruktur und vor allem in Bildung und Wissenschaft, auch in die öffentliche Verwaltung möglich. Planung, strategisch und situativ sei heute noch wichtiger geworden. Müller konzediert "dramatische Fehler" der Politik auch unter seiner Beteiligung unter dem Einfluss neo-liberalen Zeitgeistes und fordert eine "Renaissance staatlicher Verantwortung", eine erweiterte Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand. Ein starker Staat benötige eine wettbewerbsfähige Verwaltung, mit der auch der "Herausforderung der Partizipation" mit ihrem Blockadepotential begegnet werden könne. Verschiedene Formate seien notwendig, ein "Königsweg" noch nicht gefunden.

Die Städte müssten künftig mehr auf supranationaler und nationaler Ebene mitreden können, da sich dort sowohl die Probleme, als auch die Potentiale zur Problemlösung konzentrierten.

Gesine Schwan (Viadrina Governance Platform) versteht den Verlust an Klarheit und vermehrte Unsi-

cherheit als eine Folge der Globalisierung mit allen ihren Erscheinungsformen einschließlich des rapiden technologischen Wandels. Nachhaltiges politisches und planerisches Handeln bedürfe aber einer gewissen "Haltbarkeit", was schon Bestandteil des Begriffes sei. Allerdings müsse man heute angesichts der globalen Einflüsse zu einer "realistischen Einschätzung" von erzielbarer Sicherheit kommen. Sie stellt die Kategorien Vertrauen, Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit in das Zentrum ihrer Überlegungen. Wenn Sicherheit schwinde und Verunsicherung entstehe, werde es noch wichtiger, dass man miteinander darüber rede. Dies gelte individual - psychologisch gesehen ebenso wie sozialpsychologisch. Aus Kommunikation über die Verhältnisse entsteht Verständigung und schließlich Vertrauen, ein knapp gewordenes Gut in der Politik und Planung, auch auf kommunaler Ebene. Vertrauen und Verlässlichkeit wirken aber als Barrieren gegen Verunsicherung. Mit einem Seitenblick auf Michael Müllers ironische Anmerkung, die "Partizipation werde uns noch viel Freude machen", besteht Schwan auf Dialog und "deliberativen Verfahren", so aufwändig und mühsam dies sei, da auf anderem Weg Glaubwürdigkeit und Vertrauen nicht zurückzugewinnen seien. Schwan erinnert daran, dass die Fähigkeit zur Verständigung voraussetzt, dass neben der sachlichen Dimension von Konflikten auch die wichtige emotionale Dimension zu berücksichtigen ist.

Freilich, alle Partizipation sei kein Ersatz für repräsentativ-demokratisch legitimierte Entscheidungen. Und weiter: Entscheidungen müssten durch "ausreichend kontrovers geführte Debatten" im Vorfeld legitimiert sein. Letzteres vermisst Schwan zuletzt bei den wichtigen politischen Debatten, nicht nur auf Bundesebene.

Nähe und Transparenz, die Bedingungen für erfolgreiche Kommunikation seien auf kommunaler Ebene günstiger herzustellen als auf nationaler oder gar supranationaler Ebene. Wachsender Komplexität und Unsicherheit könne also auch durch mehr Mut zur Dezentralität begegnet werden.

Katrin Lompscher (Berliner Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen) beschreibt Berlin als exemplarischen Ort der Raumtransformation durch gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen. Der beschleunigte Wandel fordere die Stadt sehr, worauf die administrativen Strukturen und Denkmuster noch nicht ausreichend eingestellt seien. Deutlich effizientere administrative Strukturen seien erforderlich, und die wichtigste Herausforderung liege in einer "neuen Kultur der Zusammenarbeit" mit den vielen notwendigen Partnern. Angesichts

Rückblick: DASL Jahrestagung 2017

Fortsetzung ...

Komplexität und Unsicherheit, Bericht von Dr. Kunst

der Gleichzeitigkeit von erheblichem Wachstum im Kern der Region und Entleerung in der Peripherie müsse planerisch die gesamte Region in den Blick genommen werden. Auf der städtischen Ebene sei die (etablierte) strategische Stadtentwicklungsplanung eine gute Basis für integrierte Planung. Bei der Entwicklung des Wohnens müssten für eine soziale Raumpolitik die Preisentwicklung des Bestandes gedämpft und in großem Umfang Neubau ("im ganzen Stadtgebiet") geschaffen werden. Durch "kooperative Baulandentwicklung" mit privaten Investoren und ein Bündnis mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften würden auch preisgünstige Wohnungen auf den Markt gebracht. Allerdings sei das gegenwärtige Bodenrecht angesichts der allgegenwärtigen Bodenspekulation "die größte Bremse der notwendigen sozialen und räumlichen Entwicklung". Auch in der Liegenschaftspolitik müsse umgesteuert und städtischer Boden nur noch in Erbpacht vergeben werden.

Partizipation sei zwingend, "um nicht Volksentscheide zu ernten", grundlegende Prinzipien seien bereits bestimmt, an Leitlinien werde gearbeitet. Lompscher benennt das Dilemma: Beim Wohnungsbau bestehe großer Handlungsdruck. Gute Prozesse und akzeptierte Entscheidungen brauchten aber Zeit. Nicht zuletzt gehe es um die Sicherung hoher Qualität.

Kathrin Schneider (Brandenburgische Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung) sieht die Metropolregion (die Gesamtheit beider Länder) vor dem Hintergrund der aktuellen Dynamik aufgrund der geographischen Randlage und des ausgeprägten Kernstadt-Peripherie-Gefälles in einer sehr spezifischen Situation. Ihre Überlegungen konzentrieren sich auf landesplanerische Ansätze zur Steuerung der Abwanderungsdynamik in der Peripherie des Landes. Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur spiele dabei eine große Rolle: sowohl die bessere Einbindung der Region in das Netz Europäischer Verkehrsachsen, als auch die Verbesserung der Verbindungen zwischen Kernstadt und den regionalen Zentren. Um Entwicklungschancen der Peripherie Brandenburgs "anders sehen" und besser beurteilen zu können, plädiert Schneider (anstelle einer üblichen Berlin-zentrierten Betrachtungsweise) für einen veränderten Betrachtungsausschnitt, der die Peripherie und angrenzende Gebiete/Nachbarstädte in Polen und Deutschland in den Blick nimmt. Der Wachstumsdruck in Berlin solle im Übrigen auf einen "Städtekranz um Berlin in zweiter Reihe" gelenkt werden, der durch gute Verbindungen des Regionalverkehrs schnell erreichbar sei, vergleichbar mit peripheren Lagen in Berlin oder dem stadtnahen Umland. Die Landesplanung in Brandenburg fördere in diesen Städten die Siedlungsentwicklung um die Bahnhöfe und die Kooperation mit ihren Umlandgemeinden.

Thomas Madreiter (Planungsdirektorin Wien) beschreibt auch für Wien "markante Änderungen des Planungsumfeldes", wie insbesondere ein starkes Wachstum mit allen infrastrukturellen Konseguenzen und einen Wertewandel der Stadtbevölkerung, verbunden mit Änderungen z.B. im Verkehrsverhalten. Er konstatiert "den Verlust des gewohnten Komforts, auf tradierte Bilder und Handlungsweisen zurückgreifen zu können". Bei günstigen Entwicklungsbedingungen im Wohnungssektor (sehr hoher Anteil von stadteigenen Wohnungen mit preiskontrollierten Mieten), einer guten infrastrukturellen Basis und einer leistungsfähigen (und öffentlich geschätzten) Planungsverwaltung erzwingen die veränderten, teils neuen Herausforderungen (Klimawandel, Digitalisierung etc.) dennoch veränderte Formen der Zusammenarbeit und eine Überwindung des "Denkens in den Silos". In Wien diene die "Smart City Strategie" als Mittel zur Rückgewinnung der Querschnittsorientierung, indem sie als Anlass für neue Kooperationen und Steuerungsmodelle genutzt werde. Inhaltlicher Kern und Ziel der Strategie seien Klimaschutz und -Anpassung, das Thema "des global dramatischen Versagens unserer Generation". Nach Wiener Verständnis sind es vor allem soziale Innovationen, die die nötige forcierte Ressourcenschonung ermöglichen werden. Die "aktive Gestaltung des Wandels in die digitale Gesellschaft" ist eine Aufgabe, die weit über technologische Ansätze hinausgeht. Lösungen für Wien sind Referenzen im Markt des Wissens. Konzeptionell setzt Wien auf die kompakte Stadt ("keine Angst vor Dichte"), dabei aber auf konsequente Freiflächenvernetzung, einen funktionierenden, sorgfältig gestalteten öffentlichen Raum, die Lesbarkeit der Stadt – und auf Mobilitätsvielfalt. Ein "völlig veränderter Umgang mit der Zivilgesellschaft" und Innovationspartnerschaften, z.B. mit der IT-Community sind weitere Merkmale, mit denen die Wiener Planung die Herausforderungen des schnellen Wandels aufnimmt.

"Die Stadt ist nicht das Problem, sie ist die Lösung der Probleme des Wandels, und der Stadtplanerinnen und Stadtplaner haben die Rolle des Mutmachers".

Christoph Zöpel (Staatsminister a.D.) resümiert kommentierend und ergänzend die vorlaufend zusammengefassten Beiträge.

Entwicklungen über die Gegenwart hinaus zu verallgemeinern, d.h. sie zu "de-aktualisieren" könne helfen, Verunsicherung abzubauen und Komplexität zu reduzieren. Die Betrachtung der weltweiten Bevölkerungsentwicklung über einen längeren Zeitraum zeige den wirklich zentralen Treiber: Das Wachstum der Weltbevölkerung von rd. 2,5 Milliarden nach dem 2.Weltkrieg auf rd. 7,5 Milliarden heute. Diese Verdreifachung innerhalb nur eines Menschenlebens sei die wichtigste Ursache des weltweiten Städtewachstums, der Migration und des Klimawandels.

In diesem Zusammenhang kritisiert Zöpel die Bevölkerungsprognostiker in Deutschland, weil sie nicht in der Lage gewesen seien, die Migration als konstitutives Element der Prognose zu berücksichtigen. Fehlprognosen in der Vergangenheit hätten falsche Planungsprämissen und schwerwiegende Planungsfehler nach sich gezogen.

Der Blick auf einen weiteren zentralen Entwicklungstreiber, den technologischen Wandel zeige den radikalen Übergang von der gewerblichen zur wissensbasierten Arbeit innerhalb einer kurzen Zeitspanne und damit auch die Ursache des sozialen und kulturellen Wertewandels. Nicht nur ältere Menschen seien durch die Geschwindigkeit des Wandels oft überfordert und verunsichert. Hieraus entstehe unter anderem auch eine Aufgabe für die Stadtplanerinnen und Stadtplaner, den "Menschen geduldig zu erklären, was gerade passiere und warum und wie es sich in den Städten auswirke".

Bei der Globalisierung zeige sich die Dominanz einer Ökonomie ohne ausreichende, notwendigerweise supranationale Regulierung, die unter den Bedingungen einer Weltbevölkerung von 7,5 Milliarden Menschen zwingend erforderlich sei. Unverständlich und

gefährlich sei die verbreitete Hinnahme der Herrschaft globaler Unternehmen, neuerdings auch über/mittels privater Daten.

l 11

Unter Bezug auf das mehrfach angesprochene Thema Partizipation begrüßt Zöpel die beobachtete Erörterung demokratie-theoretischer Fragen der (problematischen) Vermengung unterschiedlicher institutioneller Demokratiekonzepte (um sich greifende Volksbegehren im Kontext repräsentativen Demokratien; Schwan und im Rahmen eines abendlichen Beitrages auch Lüscher). Er vermutet, dass bei einer Bevölkerung von 80 Millionen das deutsche Modell der repräsentativen Demokratie mit parlamentarischer Opposition dem Modell partizipativer Demokratie (nach dem Schweizer Beispiel) mit Volksabstimmungen anstelle einer parlamentarischen Oposition überlegen sei. Auch der deutsche Föderalismus sei im Übrigen ein institutioneller Beitrag zur Gewaltenteilung. Die Analyse von Schwan rechtfertige insofern auch die Stärkung des föderalen Systems.

Unter Bezug auf die Diskussion des Stadtwachstums und insbesondere der Frage angemessener oder notwendiger Dichte regt Zöpel eine "Enttabuisierung" der Nutzung von Freiflächen an. Eine prozentual sehr kleine Umnutzung von Frei- in Bauflächen könne in Kernzonen mit hohem Wachstumsdruck zur Dezentralisierung und Entspannung der Flächenknappheit beitragen.

3. Ergebnisse und Erkenntnisse zu den Leitfragen

Vorbemerkung: Die Vorträge des ersten Tages wurden ergänzt um eine Podiumsdiskussion, die der Frage veränderter Anforderungen im Planungsalltag galt. Dabei wurden vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus Bremen und München insbesondere die Themen Fluchtzuwanderung, Auswirkungen der Globalisierung auf Standortveränderungen der Industrie, auf den Bodenmarkt in Großstädten sowie der Fragen-Komplex veränderter Qualifikations- Anforderungen, der Hochschul-Lehre und des Bildes der Planung in der Öffentlichkeit erörtert. Für den Erfahrungsaustausch und die Diskussion in Arbeitsgruppen am zweiten Tag waren 14 konkrete Planungsfälle auf Quartiers- oder Stadtteilebene überwiegend aus Berlin und Brandenburg, ergänzt um Beispiele aus München und Wolfsburg vorbereitet. Die Beispiele sollten zeigen, ob und ggf. wie konzeptionell mit den veränderten Rahmenbedingungen umgegangen wird.

Rückblick: DASL Jahrestagung 2017

Fortsetzung ...

Komplexität und Unsicherheit, Bericht von Dr. Kunst



Workshop auf der DASL Jahrestagung 2017

Beabsichtigt war, mit diesen konkreten Fällen die Diskussion auf die Anforderungen an "Zukunftsfähigkeit" der städtebaulichen Planungen zu fokussieren. Zusätzlich zu der Erörterung der vorbereiteten Beispiele wurden einige weitere Themen wie Planerausbildung, Qualitätsfragen des Städtebaus sowie ein dringend notwendiger neuer Anlauf für eine Reform des Bodenrechtes besprochen.

Unter Berücksichtigung der Diskussions-Beiträge können einige Befunde als Ergebnisse festgehalten werden:

a) Wahrnehmung und Verständnis der aktuellen Entwicklungsdynamik

Verstanden werden kann nur, was ausdrücklich wahrgenommen wird. Die Komplexität der aktuellen "Entwicklungstreiber" und ihre vielfältigen Rückkoppelungen, Verstärkungen und (potentiellen) Raum-Wirkungen sind im Vorfeld der Jahrestagung erörtert worden. Die Ergebnisse sind in den vorbereiteten Bericht und die Arbeitsunterlagen eingeflossen.

Die Praxis-Beiträge enthalten viele Hinweise auf wichtige Veränderungen planerischer Rahmenbedingungen, die Anlass zum weiteren Nachdenken geben. Am wichtigsten sind die Wirkungen der "entfesselten (weil weitgehend unregulierten) globalisierten Finanzmärkte auf die Bodenspekulation" (Reiß-Schmidt; Lompscher), die ungebrochene "Zunahme des Mitmachen-Wollens" (Schwan) mit der Anforderung "eines völlig veränderten Umganges (von Poli-

tik und Planung) mit der Zivilgesellschaft (Madreiter) und schließlich die "sozialen Umwälzungen im Zuge von Energiewende und Dekarbonisierung" (Madreiter), letzteres vermittelt durch digitale Technologien. Eine Vertiefung der Themenfelder Digitalisierung und Energiewende/Dekarbonisierung mit ihren sicheren und potentiellen Planungskonsequenzen blieb allerdings erstaunlicher Weise weitgehend ausgespart. Dagegen kam die Wahrnehmung einer immer weiter zunehmenden Beschleunigung des Wandels und der daraus folgenden Anforderungen auf Reaktionsgeschwindigkeit und planerische Effizienz häufig zur Sprache. Der wichtige Hinweis von Zöpel, durch De-Aktualisierung einen klareren Blick auf die längeren Entwicklungslinien erhalten zu können, bewirkt allerdings kaum Entlastung vom Handlungsdruck, zeigt er doch gerade bei dem zentralen Thema der weltweiten Bevölkerungsentwicklung und Migration aktuell eine exponentielle Zuspitzung.

b) Konsequenzen und Handlungsoptionen

(1) Auf der Ebene von Zielen und Leitbildern

Ob und wie weit Veränderungs- oder Anpassungsbedarf auf der Ebene der Ziele und Leitbilder besteht, war eher ein Thema am Rande. Die größte Nähe zu Leitbildfragen hatte das Thema der städtischen Dichte. Weitgehend einvernehmlich wurde die Auffassung bestätigt, dass die städtische Flächennutzung weiter zu intensivieren und zu qualifizieren sei. Auch Städte mit bereits hohen Siedlungsdichten seien davon nicht auszunehmen. "Stadt muss kompakt sein, sonst wird sie nicht funktionieren" (Madreiter); allerdings sei Dichte natürlich keine hinreichende Bedingung. Freiflächenvernetzung, sorgfältige Gestaltung der öffentlichen Räume etc. sind notwendige Qualitätsmerkmale. Madreiter stellte den Beitrag Richtwerte-orientierter Planung (z.B. zur Grünflächenausstattung) zu hoher Stadtqualität sehr grundsätzlich in Frage. Carl Fingerhut verwies auf eine Dimension der Qualität, die überhaupt jenseits technischer Kennziffern durch Berücksichtigung emotionaler, gar spirituelle Werte entstehe, in der heutigen Berufspraxis aber weitgehend nicht beachtet werde. Die Anregung des Regierenden Bürgermeisters, auch über die Möglichkeit der Reduzierung der pro-Kopf-Flächenbedarfes nachzudenken und auf diese Weise vom Neubaudruck zu entlasten, fand Widerspruch mit dem Hinweis auf rechtliche

und praktische Grenzen (Zöpel). Dieser regte seinerseits an, die Inanspruchnahme von Freiflächen "zu enttabuisieren".

Auch Senatorin Lompscher richtet die Suche nach Verdichtungs- und Stadterweiterungsflächen auf das gesamte Stadtgebiet und darüber hinaus, indem sie auf integrierten Strategien und einer Gesamtsicht auf Wachstums- und Entleerungsräume besteht. Unter Bezug auf aktuelle und künftige Veränderungen der Rahmenbedingungen sieht sie die Aufgabe der Stadtplanung darin, "räumliche Muster zu erkennen und zu entwickeln, die wandlungsfähig sind bzw. den künftigen Wandel aufnehmen können".

(2) Auf der Ebene von Governance

Die Verantwortung der Städte bei der Bewältigung des Wandels ist gestiegen, da die begrenzte Handlungsfähigkeit oder gar der Ausfall nationaler und supra-nationaler Regierungen bei der Gestaltung notwendiger Regelungen kompensiert werden muss (Schwan, Müller, Lompscher). Offen ist allerdings geblieben, wie weit durch Planung von der Landesbis zur kommunalen Ebene auf die Wirkungen des globalen Wettbewerbs Einfluss genommen werden kann. Ohne Zweifel gewinnt Planung an Bedeutung (Müller), muss jedoch mit dem "Verlust gewohnten Komforts" (Madreiter) umgehen, weil die tradierten Handlungsweisen gleich in mehrfacher Weise zu überdenken und zu verändern sind:

Erstens muss die Balance zwischen Strategie-orientiertem längerfristigen und kurzfristig-situativem Handeln neu justiert werden (Lompscher, Müller, Madreiter). Zweitens muss die Querschnittsorientierung bei der Planung zurückgewonnen werden, und es muss in veränderten Akteurskonstellationen geplant werden (Madreiter). Und schließlich drittens muss die Planung auch schneller und effizienter agieren, um Einfluss auf die Agenda nehmen zu können. Dass dazu (in deutschen Städten) die Voraussetzungen unter anderem mit qualifiziertem Personal erst wieder geschaffen werden müssen, war weitgehend Konsens, - ebenso wie das Ziel eines "starken, gestaltungsfähigen Staates" (Müller). Dazu gehört, dass der Arbeitsplatz "Planungsverwaltung" wieder ausreichend attraktiv gemacht wird, um im Wettbewerb um die besten Köpfe wieder mithalten zu können.

Bereits in der Planerausbildung müsse es gelingen, für die Tätigkeit in den Gemeinden mehr zu begeistern.

Von kaum überschätzbarer Bedeutung schließlich ist die Rückgewinnung der Glaubwürdigkeit von Politik und Planung, eine Voraussetzung für Vertrauen und Respekt. Dies bedarf einer veränderten Haltung (Kommunikation ist weit mehr als eine Planungstechnik), zusätzlicher Fähigkeiten und geeigneter Regelungen (Instrumente). Politische Dezentralisierung, d.h. eine Stärkung der regionalen und kommunalen Ebene würde deren Handlungsfähigkeit vergrößern und wäre, wegen günstiger Kommunikationsbedingungen besonders geeignet, Vertrauen wiederherzustellen.

(3) Auf instrumenteller Ebene

Eine sehr große Einigkeit bestand über die Feststellung, dass die längst überfällige Stärkung der sozialen Orientierung des Bodenrechtes Kern- und Angelpunkt der Bemühungen sein muss. Die Entwicklungsdynamik in den Wachstumszentren ist kaum noch beherrschbar, solange Boden und Immobilien ungehindert und immer mehr Bestandteil der Welt-Finanzmarktspekulation sind. Stichworte für die Reform sind Bodenwert- oder Flächensteuer bzw. die Abschöpfung des planungsbedingten Wertzuwachses einschließlich der Mitnahmeeffekte im Fall des §34 BauGB.

Ein enger Zusammenhang besteht mit der zu ändernden Liegenschaftspolitik.

Die Knappheit an Flächen in öffentlicher Hand ist eine der wichtigsten "Produktionsbremsen" für preisgünstige neue Wohnungen und zusätzliche Infrastruktur. Grund und Boden darf in Zukunft nicht mehr Gegenstand fiskalischer Aktivitäten sein. Dies gilt für Bund, Länder und Gemeinden. Bund und Länder sollen nicht mehr für eigene Zwecke benötigte Flächen den Gemeinden übertragen. An Stelle des Verkaufes kommunaler Flächen muss die Vergabe von Nutzungsrechten treten. Und schließlich bedarf es neuer Regelungen zur Ausgestaltung der bürgerschaftlichen Mitwirkung, vermutlich weniger im formalisierten Rechtsrahmen, als in Form von gemeinsam erarbeiteten (informellen) politischen Leitlinien und Beteiligungsgrundsätzen.

Dr. Friedemann Kunst, Vorstand DASL Landesgruppe Berlin-Brandenburg

Rückblick: Wissenschaftliches Kolloquium

KULTURGUT EUROPÄISCHE STADT: Entwicklungsdynamik. Bestandspflege. Teilhabe vom 01.-02.12.2017 in Hamburg



Wissenschaftliches Kolloqium der DASL in der Aula der HFBK Hamburg



Dr. Uwe Koch – Geschäftsstellenleiter des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz

Die Europäische Stadt ist ein Leitthema im Europäischen Kulturerbejahr (European Year of Cultural Heritage) 2018. Unter dem Motto "Sharing Heritage" sollen in dem Themenjahr alle Bürgerinnen und Bürger eingeladen werden, Kulturerbe zu erleben und ihre eigenen kulturellen Hintergründe einzubringen.

In Vorausschau auf das Europäische Kultuterbejahr 2018 veranstaltete die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) bereits im Dezember 2017 ihr jährliches Wissenschaftliche Kolloquium zum Thema:

KULTURGUT EUROPÄISCHE STADT: Entwicklungsdynamik. Bestandspflege. Teilhabe

Während dieser Tagung thematisierte die Akademie folgende Fragestellungen:

- Was zeichnet städtisches Kulturgut im Kern aus, wie vermitteln wir dessen Werte in Zeiten von Wachstum und Veränderung?
- Welchen Umgang damit finden wir in Städtebau, Stadtplanung und Stadtentwicklung?

Für Denkmale gibt es ausgefeilte Regelungen und Grundlagen. Aber wie gewinnen wir eine zunehmend diversifizierte Öffentlichkeit für deren Erhalt? Wie generieren wir Interesse und Akzeptanz für das "Kulturgut Stadt" über die Denkmale hinaus, für erhaltenswerte Bausubstanz, die die DNA der Stadt ausmacht und Raum gibt für Identität und Teilhabe.

Während des Kolloquiums wurde das Zusammenspiel von Städtebau und Denkmalpflege in Genese und aktueller Bedeutung betrachtet. Im Austausch europäischer Ansätze in Planungsprozessen und Zivilgesellschaft soll die Einbindung substanzieller und ideeller Werte der europäischen Stadt eruiert werden, ebenso Herausforderungen für Wissenschaft, Politik und die Umsetzung in einer bestandsorientierten Kommunalpraxis.

Das zweitägige Kolloquium fand am 1. Advent 2017 in der Aula der HFBK – der Hochschule für bildende Künste – in Hamburg Uhlenhorst statt. Die Tagung endete mit einer Exkursion durch die "Nachbarschaft City-Höfe und in das UNESCO Welterbe Kontorhausviertel".



Folgeveranstaltung in Rostock

Praxisfeld Historische Städte: Entwickeln - kooperieren - umsetzen vom 19.–21.04.2018 in Rostock



Die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) und Forum Stadt e.V. haben gemeinsam zur öffentlichen Internationalen Städtetagung am 19.-21. April 2018 nach Rostock eingeladen. Die Hansestadt Rostock war Gastgeberin der Tagung.

Getagt wurde im prächtigen Barocksaal und im historischen Festsaal des Rostocker Rathauses zum Thema

"Praxisfeld Historische Städte. Entwickeln – kooperieren – umsetzen".

Im Mittelpunkt der Tagung stand ein zentrales und aktuelles Thema des städtebaulichen Denkmalschutzes: die tägliche Praxis im Spannungsfeld zwischen Entwicklungsdynamik und Bestandspflege.

Auch folgende aktuelle Themen standen auf der Tagesordnung:

Synergien entstehen zwischen einer wachstumsorientierten Stadtpolitik, sozialer Quartierentwicklung und dem Streben nach Baukultur.

- Können wir sie nutzen?
- Divergierende Interessen, unterschiedliche Wertorientierungen – kann Dissonanz beflügeln?

Eingefahrene Routinen und institutionelle Verfestigungen lähmen eine kreative Entwicklung. Sie sind stets in Frage zu stellen. Gesucht sind neue Ansätze der Kooperation und des Interessensabgleichs.

Diese Themen betreffen dynamisch sich entwickelnde, stagnierende und schrumpfende Städte gleichermaßen.

DASL und Forum Stadt nahmen das European Year of Cultural Heritage (EYCH) 2018 zum Anlass, aktuelle innovative Ansätze aus der kommunalen Praxis in deutschsprachigen Ländern vorzustellen. Entsprechend ist die Tagung als ein Beitrag zum Europäischen Kulturerbejahr 2018 als Sharing Heritage-Projekt gelistet. Während der Tagung referierten Vertreter bedeutender Städtevereinigungen, die sich seit langem für die Entwicklung der historischen Stadt im deutschsprachigen Raum einsetzen.

Angesprochen als Zielgruppe der Tagung waren Städte als Kommunalverantwortliche, als Auftraggeber und soziale Gemeinwesen; Stadtplaner, Denkmalpfleger, Architekten, Architekturhistoriker, Soziologen, Vertreter aus Politik und öffentlicher Verwaltung sowie ganz allgemein alle am Thema Interessierte.

Die Dokumentation der Veranstaltung erfolgt:

im Heft "Forum Stadt" 04/2018 am Jahresende 2018 im Band "STADT DENKEN 3" der DASL im Sommer 2019

Rückfragen zur Veranstaltung und Dokumenation der Tagung von Forum Stadt bitte an: Tel. 0711/3512-3242 Mail: forum-stadt@esslingen.de

Deutscher Städtebaupreis 2018

Symposium und Preisverleihung am 27.09.2018 in Mainz "Orte der Bildung und Kultur im städtebaulichen Kontext"



Seit fast 40 Jahren dient der mit insgesamt 25.000 € dotierte **DEUTSCHE STÄDTEBAUPREIS** der Förderung einer zukunftsweisenden Planungsund Stadtbaukultur.

Er wird ausgelobt von der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) und von der Wüstenrot Stiftung gefördert.

Mit dem Deutschen Städtebaupreis werden städtebauliche Projekte prämiert, die sich durch nachhaltige und innovative Beiträge zur Stadtbaukultur auszeichnen. Dabei sollen die Projekte den aktuellen Anforderungen an zeitgemäße Lebensformen ebenso Rechnung tragen wie den Herausforderungen an die Gestaltung des öffentlichen Raums, dem sparsamen Ressourcenverbrauch sowie den Verpflichtungen gegenüber der Orts- und Stadtbildpflege.

Der parallel zum **STÄDTEBAUPREIS** ausgelobte Sonderpreis dient der Akzentuierung besonders dringlicher Handlungsfelder im Städtebau und in der Stadtplanung. Das Thema des **SONDERPREISES DAS THEMA** lautet "Orte der Bildung und Kultur im städtebaulichen Kontext".

Im Zeichen des Europäischen Kulturerbe-Jahres 2018 "Sharing Heritage" ist der Sonderpreis dem Umgang mit städtebaulichen Ensembles aus den vier Jahrzehnten nach 1949 gewidmet.

In beiden deutschen Staaten gewann die Stärkung von Bildung und Kultur als Grundlage gesellschaftlicher Entwicklung wachsende Bedeutung und gab der Stadtentwicklung wichtige Impulse.

Die Wissensgesellschaft des digitalen Zeitalters stellt zukunftsweisende Aufgaben räumlicher Gestaltung und technischer Innovation. Dies erfordert künftig eine hohe Sensibilität für die Qualitäten und Potentiale des Bestands. Erwartet wird die Einsendung von Projekten und Konzepten, die zeigen, wie bestehende städtebauliche Ensembles für Bildung und Kultur beispielsweise durch bessere funktionale Vernetzung, urbane Integration, Verkehrs- und Freiraumplanung neue Wege zur Vermittlung von Wissen und kultureller Partizipation im Strukturwandel anbieten können.

In Referenz zum "European Year of Cultural Heritage 2018" ist die Auslobung des Deutschen Städtebaupreises als Sharing Heritage-Projekt gelistet.

Vom 1. Dezember 2017 bis 15. April 2018 haben sich freischaffende und angestellte Stadtplaner/innen, Architekten/innen, Landschaftsarchitekten/innen sowie öffentliche und private Planungsträger/innen um die Preise mit insgesamt 103 Projekten (74 für den Städtebaupreis und 29 für den Sonderpreis) beworben.

Preiskategorien

Der Deutsche Städtebaupreis ist mit 15.000 € dotiert. Der Sonderpreis ist mit 5.000 € ausgestattet. Sie werden in der Regel ungeteilt vergeben. Außerdem werden bis zu fünf Auszeichnungen vergeben, die mit jeweils 1.000 € dotiert sind. Als vierte Kategorie werden Belobigungen ausgesprochen.

Die Vergabe der Preise, der Auszeichnungen sowie der Belobigungen erfolgt unter Ausschluss des Rechtsweges. Die Preisträger/innen, die Ausgezeichneten sowie die Belobigten erhalten als Zeichen der besonderen Anerkennung eine Urkunde im Rahmen einer Festveranstaltung am 27. September 2018 in Mainz.

Die Preisverleihung findet in Verbindung mit einem **Symposium** statt, das dem Thema des Sonderpreises gewidmet ist und aktuelle Bezüge zwischen Städtebau und gesellschaftlichem Wandel thematisiert. Dabei werden die Verbindungen zwischen Politik, Planung und Ausbildung herausgearbeitet.

Die Preisträger jeder Kategorie sowie alle weiteren eingereichten Arbeiten werden der Öffentlichkeit im Rahmen einer bundesweiten Wanderausstellung und einer Dokumentation (STADT BAUEN) präsentiert.

Jury 2018

Juryvorsitzende: Prof. Undine **Giseke**, TU Berlin Dr. Thomas **Drachenberg**, LA f. Denkmalpflege Brandenb. Dr. Stefan **Krämer**, Wüstenrot Stiftung, Ludwigsburg Prof. Dr. (I) Elisabeth **Merk**, Präsidentin DASL, Berlin Prof. Ansgar **Schulz**, Schulz & Schulz Architekten, Leipzig Prof. Dr. Christina **Simon-Philipp**, HfT Stuttgart Prof. Martin **zur Nedden**, Difu, Berlin

Ständiger Gast für den Wissenschaftlichen Beirat: Prof. Dr.-Ing. Werner **Durth**, TU Darmstadt

Die Jury traff in ihrer ersten Sitzung Ende April unter allen eingereichten Bewerbungen eine Vorauswahl. Über die Objekte und Projekte, die aufgrund einer ersten Beurteilungsrunde in eine engere Wahl aufgenommen wurden, werden sich die Mitglieder der Jury durch eine Ortsbesichtigung im Sommer 2018 einen Eindruck verschaffen.

Im Anschluss an die Besichtigungen nominiert die Jury in einer zweiten Sitzung diejenigen Bewerbungen, denen sie den Deutschen Städtebaupreis 2018 bzw. den Sonderpreis 2018, die Auszeichnungen sowie die Belobigungen zuerkennen wird.

Termine DSP 2018

Auslobung	01. Dezember 2017
1. Jurysitzung	Mitte Mai 2018
2. Jurysitzung	August 2018
Symposium und Preisverleihung	27. September 2018, Mainz



Save the Date:

27.09.2017 in Mainz Symposium und Preisverleihung zum DSP 2018

Die Teilnahme ist kostenlos. Bitte merken Sie sich diesen Termin vor.

weitere Informationen unter www.staedtebaupreis.de

Deutscher Städtebaupreis 2018

Orte der Bildung und Kultur im städtebaulichen Kontext

Anmerkungen zum Sonderpreis, Deutscher Städtebaupreis 2018



Universität Bochum

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sollten nicht nur die Trümmer der zerstörten Städte geräumt, sondern auch die "Scherbenhaufen eines ungeheuren Irrtums, einer maßlosen Täuschung" aus den Köpfen der Menschen beseitigt werden, die bis zum Untergang des Dritten Reichs dem Terror der Gleichschaltung auch im Denken ausgesetzt waren.

Neben der Einrichtung demokratischer Strukturen und kommunaler Selbstverwaltung stellte sich den Alliierten die historisch einmalige Aufgabe einer Umerziehung der Deutschen zur auch mentalen Überwindung des Nationalsozialismus: in den westlichen Besatzungszonen Re-Education genannt. Auf dem Weg zu einer friedlichen, demokratischen Gesellschaft wurde die Bildungspolitik zu einem zentralen Thema. In allen Zonen wurden zunächst die Schulen, Hochschulen und Universitäten geschlossen, um nach der Entnazifizierung des Personals durch neue Lehrpläne und Übernahme reformpädagogischer Konzepte aus der Zeit der Weimarer Republik eine neue Grundlage zu schaffen.

Während nach der Teilung Deutschlands und der Gründung beider Staaten 1949 in der DDR die Einheitsschule eingeführt wurde, konnte in der Bundesrepublik ein differenziertes Schulsystem entwickelt werden, das auch private und konfessionelle Schulen erlaubte, um weitere Wahlmöglichkeiten zu erschließen.

Über Familie, Schule und Nachbarschaft sollte Demokratie als Lebensform im Alltag verankert und durch neue Formen des Schulbaus gefördert werden. Unter dem Leitbild der Gliederung und Auflockerung der Städte im Wiederaufbau wurden viele Schulen nun im Kontrast zur Schulkaserne früherer Zeiten als Ensembles mit Pavillonbauten und Freiluftklassen konzipiert. Die Hochschulen und Universitäten waren zumeist am alten Standort ausgebaut und erweitert worden, wobei mancherorts auch große Altbauwohnungen und geräumte Kasernen einbezogen wurden.

Nach einer Phase der Konsolidierung des Bildungssystems zeichneten sich neue Anforderungen ab. Im Zuge der expansiven Entwicklung der Wirtschaft wurden schon Mitte der 1950er Jahre künftige Engpässe der Ausbildung im technisch-wissenschaftlichen Bereich absehbar und eine höhere Zahl von Hochschulabsolventen gefordert, der so genannte Sputnik-Schock führte ab 1957 zu einer internationalen Debatte über den Nachholbedarf der westlichen Länder in der Ausbildung von Ingenieuren und Technikern. Im selben Jahr wurde der Deutsche Wissenschaftsrat gegründet, um einen Gesamtplan zur Förderung der Wissenschaft zu erarbeiten. In den folgenden Jahren vollzog sich ein tiefgreifender Wandel der Wirtschaftsentwicklung. Hatte sie sich bisher extensiv, durch Eingliederung eines fast schrankenlos nutzbaren Potenzials an Arbeitskräften, Kapital und Boden vollzogen, so musste angesichts der inzwischen erreichten Vollbeschäftigung und absinkender Wachstumsraten ein intensives Wachstum gesichert werden. Dies erforderte eine Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Beschleunigung technologischer Innovation und flexiblere Kombination der Produktionsfaktoren, wobei der wissenschaftlich-technische Fortschritt eine steigende Nachfrage nach Arbeitskräften mit hoher Qualifikation nach sich zog.

Der Auftakt zu einer neuen Phase des Hochschulbaus war 1961 die Gründung der Ruhr-Universität Bochum als eine für Deutschland neuartige Campus-Universität mit einem zuvor kaum denkbaren Bauvolumen. Die ersten Gebäude konnten 1965 bezogen werden, 1968

erfolgte die Gründung der Technischen Universität Dortmund. In diesem Jahr waren bereits die ersten Neubauten der Technischen Hochschule Darmstadt auf dem Campus Lichtwiese fertiggestellt, rationell errichtet in elementierter Bauweise nach dem Darmstädter System, angeregt von Bauten zur Erweiterung der Universität Marburg, mit denen seit 1961 ein variables Fertigteilkonzept erprobt wurde. Inzwischen war mit der Warnung vor einer kommenden "Bildungskatastrophe" eine politische Debatte in Gang gekommen, angestoßen durch die Schriften des Pädagogen Georg Picht², der eine Verdoppelung der Abiturientenzahl und eine entsprechend vermehrte Ausbildung von Lehrern forderte. Mit seinem Buch "Bildung ist Bürgerrecht" befeuerte der Soziologe Ralf Dahrendorf die Diskussion³, die nicht ohne Folgen blieb.

Die Zahl der Studierenden stieg von 1960 bis 1975 um das Siebenfache, eine Steigerung, die an vielen Standorten Baumaßnahmen nach sich zog, die zunehmend durch industrielle Bauweisen durchgeführt wurden, ebenso im Schulbau, der den starken Jahrgängen Rechnung tragen musste, wie auch die Einrichtungen für die berufsbezogene Ausbildung: kompakte Bauten im neuen Maßstab lösten die räumlich aufgelockerten Ensembles nach Nachkriegszeit ab.

Mit dem Ende des Wiederaufbaus um 1960 war indessen unter der Forderung nach einer durchgreifenden Modernisierung und Erneuerung unserer Städte, so der Titel der Jahrestagung des Deutschen Städtetags im August 1960⁴, ein Wandel städtebaulicher Leitbilder in Abkehr von der in Nachbarschaften gegliederten und weiträumig durchgrünten Stadtlandschaft verbunden. In seinem Vortrag von den im Städtetag versammelten kommunalen Entscheidungsträgern beklagte der Sozialwissenschaftler Edgar Salin die fortschreitende Auflösung der Städte in räumlich getrennte Funktionsbereiche und die

kulturelle Entleerung der Zentren. Dem Verlust an Urbanität forderte er durch die "aktive Beteiligung" der Bürger an der Entwicklung ihrer Städte zu begegnen: "Erst wenn dies gelingt, ist die Form der Stadt dem Ziele nahe und mag an einem fernen Tag sich eine neue, echte Urbanität sich entwickeln."

Um neue Orte der Begegnung zu schaffen und die kulturelle Qualität der Städte – damit zugleich auch ihre Attraktivität für die Bürgerschaft und potenzielle Zuwanderer in der interkommunalen Konkurrenz – zu steigern, entstanden in den folgenden Jahren vermehrt Theater-, Kultur- und Kongresszentren, in gemischter Nutzung auch als Stadthallen bezeichnet,⁶ die ebenso wie die damals neuen Schul-, Hochschul- und Universitätsbauten inzwischen oftmals stark sanierungsbedürftig sind.

Mit Blick auf den demographischen und technologischen Wandel, muss im Umgang mit dem gebauten Bestand der Nachkriegsjahrzehnte im Blick auf neue Formen der Kommunikation auch im Lehren und Lernen infolge der digitalen Revolution den veränderten Anforderungen an solche öffentlichen Bauten über bloße Reparatur hinaus entsprochen werden. In der Ausschreibung zum Sonderpreis 2018 heißt es dazu: "Die Wissensgesellschaft des digitalen Zeitalters stellt zukunftsweisende Aufgaben räumlicher Gestaltung und technischer Innovation. Dies erfordert eine hohe Sensibilität für die Qualitäten und Potenziale des Bestands. Erwartet die Einsendung von Projekten und Konzepten, die zeigen, wie bestehende städtebauliche Ensembles für Bildung und Kultur beispielsweise durch bessere funktionale Vernetzung, urbane Integration, Verkehrs- und Freiraumplanung neue Wege zur Vermittlung von Wissen und kultureller Partizipation im Strukturwandel anbieten können."

> Prof. Werner Durth, Ständiger Gast für den Wissenschaftlichen Beirat der Jury des Deutschen Städebaupreises

² Georg Picht, Die Bildungskatastrophe: Analyse und Dokumentation, Freiburg 1964

³ Ralf Dahrendorf, Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspo litik. Nannen 1965

⁴ Deutscher Städtetag (Hg.), Erneuerung unserer Städte. Vorträge, Aussprachen und Ergebnisse der 11. Haupt-versammlung des Deutschen Städtetages in Augsburg, Stuttgart/Köln 1960

Edgar Salin, Urbanität, in: Deutscher Städtetag (Hg.), a.a.O., S. 34

Olaf Gisbertz (Hg.), Bauen für die Massenkultur. Stadt- und Kongresshallen der 1960er und 1970er Jahre, Berlin 2015

¹ Walter Brecht (Hg.), Vorwort in: Internationaler Kongreß für Ingenieur-Ausbildung, Technische Hochschule Darmstadt 1947, Darmstadt 1949

DASL Jahrestagung 2018

DASL Jahrestagung 2018 in Mainz

"Migration als Alltag: Kulturelles Erbe und Wandel in der Planung"





Stadt- und Regionalentwicklung sind untrennbar mit den Themen Migration und Integration verbunden. Verstärkt durch die sich europaweit zuspitzende Diskussion zu Ängsten einer Überfremdung und scheinbar notwendiger Abschottung, aber gleichzeitig angesichts großen zivilgesellschaftlichen Engagements für die Unterstützung von Integrationsprozessen, stellt sich die Akademie der Frage, welche Rolle räumliche Planung und Städtebau in diesem Gesamtzusammenhang einnehmen.

Die Themen Migration und die Integration Zugewanderter in die Stadtgesellschaft waren zu allen Zeiten elementare Merkmale europäischer Stadtentwicklung. Vor diesem Hintergrund und der bisherigen und aktuellen Flüchtlings- und Zuwanderungswellen, möchte die Jahrestagung in Mainz unter Einbeziehung verschiedener Fachdisziplinen raumbezogen strukturelle Wirkungen hinterfragen. Welche konkreten Anforderungen an Kommunen und Regionen ergeben sich hieraus, um funktionierende Orte des Ankommens und der dauerhaften Integration zu gestalten und welchen Beitrag können heute und in Zukunft räumliche Planung und Städtebau dazu leisten. In Referenz zum "European Year of Cultural Heritage 2018" wird Migration im Rahmen der Veranstaltung zudem als Teil des kulturellen und sozialen Erbes Europas beleuchtet werden.

Bereits Ende 2017 wurde in Vorbereitung der Tagung ein Call for Papers ausgelobt, um Beispiele für Alltagsorte der Migration zu erhalten. Als großer Erfolg und positive Resonanz wurden 88 Projektbeispiele eingereicht, die in weitem Spektrum vor allem das angesprochene Engagement für die Erleichterung von Integrationsprozessen belegen. Sie wurden in einem gemeinsam mit der Schader Stiftung in Darmstadt veranstalteten Workshop "Alltagsorte der Migration" am 9.3.2018 gesichtet und diskutiert.

Als Resümee dieses Workshops ist nunmehr festzuhalten, dass im weiteren Vorbereitungsprozess fokussiert aus raumbezogener Perspektive der Umgang mit den Orten im Mittelpunkt stehen sollte, an denen sich migrantisch geprägtes städtisches Leben zeigt: in der Alltäglichkeit des Wohnens und Arbeitens, in Schule und Freizeit, zusammengefasst in der Nutzung unterschiedlichster städtischer Angebote. Welche Potentiale aber auch welche Restriktionen prägen die städtischen Strukturen, aber vor allem welche Optionen bestehen für deren Qualifizierung aus planerischer Sicht. Daraus ergeben sich folgende zentrale Fragen:

Was können räumliche Planung und Städtebau dazu leisten, die Vielfalt unterschiedlicher Ansprüche an Nutzungsangebote und an die Gestalt der Stadt zu sichern? Welche Aufgaben kommen auf räumliche Planung und

Städtebau zu, den Zusammenhalt der Zivilgesellschaft bei sich verstärkender ethnischer und sozialer Segregation zu fördern?

Bei der Auseinandersetzung mit den eingereichten Beispielen haben sich 8 Bereiche herausgeschält, die folgende thematische Handlungsfelder abbilden:

Nachbarschaft

(Quartier / Stadtteil und Wohnumfeld sowie Einbindung in die Gesamtstadt, "Soziale Stadt" und Teilhabe, Monitoring)

Zu Hause

(Wohnung, Bedarfe, Angebot, Träger, Wohnexperimente, "Neue Wohnungsgemeinnützigkeit" und Mitsprache/-wirkung, Verantwortlichkeit)

• Öffentlicher Raum

(Räume für Aneignung und Selbstorganisation, Rückzugsräume, transitorische Räume)

Beschäftigung

(z.B. Räume für Gründer, Räume für Mikrocluster, Räume für Märkte)

Bildung

(alle Arten formeller und informeller Bildungseinrichtungen, städtebauliche Verknüpfung mit dem Quartier)

Sport

(z.B. traditionelle (Vereins)Sportanlagen, Streetball, Skateranlagen u.a.)

Austausch und Begegnung

(insbesondere Standorte und Räume für formelle und informelle soziale Infrastruktureinrichtungen und kulturelle Angebote, Netzwerke, Vereine, Initiativen)

Kulturelles Erbe

(Bedeutung historischer Planungskonzepte zum Umgang mit Migration)

Die Themen werden an den "Marktständen" der Jahrestagung anhand der ausgewählten Beispiele intensiv diskutiert. Über die Vorträge und Workshops der gesamten Jahrestagung werden sie miteinander in einen Gesamtzusammenhang gesetzt.

Alle Mitglieder der DASL werden gebeten, sich schon im Vorfeld in die Diskussion einzubringen und einen Beitrag oder ein Kurzstatement zu einem oder mehreren Themen für den Vorbereitenden Bericht einzureichen. Wir freuen uns auf eine interessante Tagung und vielfältige Erkenntnisse.

Dr. Monika Meyer Landesgruppe Hessen, Rheinland-Pfalz Saarland

> Prof. Julian Wékel Wissenschaftlicher Sekretär

ANMELDUNG / SAVE THE DATE

Datum der Jahrestagung:

28. bis 30. September 2018

Tagungsort:

Rathaus Mainz, Jockel-Fuchs-Platz 1, 55116 Mainz

Anmeldemöglichkeiten:

folgen in Kürze unter www.dasl.de

Übernachtungen:

Kontingente an Hotelzimmern stehen bis Mitte August 2018 unter www.dasl.de zur Verfügung.

Fortbildung:

Die Tagung ist als Fortbildungsveranstaltung bei den Archirtektenkammern beantragt.

Veranstalter:

Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung e.V.

6. Hochschultag 2018

6. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik "Stadt und Region als Arbeitsort" am 01./02. Juni 2018 in Berlin



Am 01. und 02. Juni 2018 findet der 6. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in Berlin statt. Der Kongress wird von der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung im Auftrag des zuständigen Bundesministeriums veranstaltet. Ziel des Hochschultages ist es, ein Forum für den generationenübergreifenden Dialog zwischen Politik, Wissenschaft und Praxis zu bieten und den Austausch über die zentralen Fragen und Herausforderungen der Stadtentwicklung in der gesellschaftlichen Praxis sowie ihrer Behandlung in Forschung und Lehre zu fördern. Dialogprägend sind hierbei die Erwartungen der Praxis an wissenschaftliche Dienstleistungen und die Interessen der Wissenschaft an die Empirie.

Der 6. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ist eine fachöffentliche Veranstaltung, zu der Interessierte aus Wissenschaft und Planungspraxis herzlich eingeladen sind. Die Teilnahme ist kostenfrei.

Stadt und Region als Arbeitsort

Im Mittelpunkt des Diskurses steht in diesem Jahr das Themenfeld "Stadt und Region als Arbeitsort". Die Anforderungen an Arbeitsorte verändern sich mit dem anhaltenden wirtschaftlichen Strukturwandel. Nach Industrialisierung und Tertiärisierung bringt die Digitalisierung neue tiefgreifende Veränderungen für die Arbeitswelt und somit neue Herausforderungen für die Stadtentwicklungsplanung und das gesellschaftliche Zusammenleben mit sich. Im Rahmen der Veranstaltung wird das überaus breite Spektrum unterschiedlicher, auf Theorie wie Praxis bezogener Fragestellungen ausführlich behandelt.

Nach der Eröffnung durch Gunther Adler, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und Paul Börsch, Vizepräsident der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, werden Keynote-Vorträge aus unterschiedlicher Perspektive in das Thema "Stadt und Region als Arbeitsort" einführen. Hierbei wird sowohl auf das Verhältnis von Arbeit und Stadtgesellschaft gestern, heute sowie in Zukunft eingegangen, als auch werden im speziellen, die Perspektiven der Produktion in der Stadt und in visionärer Hinsicht, die Arbeitswelten der Zukunft erläutert. Sechs themenbezogene Foren erlauben den Teilnehmerinnen und Teilnehmern im Nachgang, in Kleingruppen ausgewählte Aspekte zu vertiefen und fokussiert, in die Diskussion mit Kolleginnen und Kollegen einzusteigen. Der zweite, universitäre Tag des Kongresses ist vorrangig dem Austausch zwischen den Hochschulen gewidmet.

Der Kongress wurde durch einen intensiven Arbeitsund Diskussionsprozess unter Beteiligung von mehr als 25 beteiligten Universitäten und Hochschulen über einen Zeitraum von einem Jahr in mehreren Workshops vorbereitet. Der Vorbereitungskreis ist, insbesondere mit Bezug zur Weiterführung der Veranstaltungsreihe in den nächsten Jahren, offen für die Teilnahme interessierter Personen aus Wissenschaft und Praxis.

Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Das Veranstaltungsformat Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik dient als Förderprojekt von Bund und BBSR der Verstetigung und Vertiefung des städtebaulichen und stadtentwicklungspolitischen Dialogs zwischen Politik, Wissenschaft und Praxis. Der Prozess wurde mit dem ersten Hochschultag im Jahr 2009 angestoßen und wird seitdem im zweijährigen Turnus fortgeführt. Die Kongresse wurden bis 2016 von der TU Darmstadt, Fachgebiet für Entwerfen und Stadtplanung, Prof. Julian Wékel, als Projekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik im Auftrag des jeweils zuständigen Bundesministeriums und in Kooperation mit der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung sowie in Verbindung mit einem sich ständig vergrößernden Kreis deutscher Universitäten und Hochschulen, schließlich repräsentativen Institutionen der Praxis konzipiert und organisiert.

Mit dem 6. Hochschultag ist die Projektträgerschaft auf die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung übergegangen. Auftraggeber und der Beteiligtenkreis aus Wissenschaft und Praxis bei der Vorbereitung sind hierbei unverändert geblieben.

Seit 2015 wurde der zweijährig in Berlin stattfindende zentrale Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik durch einen von den Hochschulen selbst getragenen "Hochschultag vor Ort" ergänzt. In den Zwischenjahren lädt eine gastgebende Hochschule zu einer ebenfalls zweitägigen Veranstaltung mit vergleichbarer Intention ein. Die Hochschultage vor Ort fanden bisher mit großem Erfolg im Jahr 2015 an der Hochschule Bochum und 2017 an der BTU Cottbus statt.

AUSSCHNITT AUS DEM PROGRAMM

Produktive Konflikte: zum Verhältnis von Arbeit- und Stadtgesellschaft

Prof. Dr. Ilse Helbrecht, Humboldt-Universität zu Berlin

Urbane Fabriken: Perspektiven für die Produktion in der Stadt Prof. Dr.-Ing. Christoph Herrmann, TU Braunschweig

Arbeitswelten der Zukunft und Zeiten des Umbruchs – ein Ausblick

Klaus Burmeister, foresightlab

Parallele Foren "Orte der Arbeit"

A: Gemischte, innerstädtische Quartiere

B: Neue Quartiere

C: Innenstadt und Zentren

D: Stadtregion

E: Ländlicher Raum und kleine Städte

F: Vom Gewerbegebiet zum produktiven Stadtquartier

Orte:

Konferenztag Universitärer Tag 01. Juni 2018 02. Juni 2018 Kalkscheune Berlin TU Berlin

Anmeldung und Information

Bitte melden Sie sich ab sofort auf der Webseite der DASL unter https://dasl.de/anmeldung-6-hochschultag/ für den Kongress an. Es handelt sich um eine fachöffentliche Veranstaltung, die sich an die universitäre Wissenschaft und die stadtentwicklungspolitische Praxis richtet. Die Veranstaltung ist offen für interessierte Gäste.

Die Teilnahme ist kostenfrei.

Veranstalter

eutsche Akademie

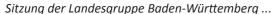
für Städtebau und Landesplanung e. V. (DASL)

Neues aus den Landesgruppen

LANDESGRUPPE Baden-Württemberg

"Wohnvielfalt – gemeinschaftliches Wohnen"







... in einem bewohnergeführten Café

Am 26.1.2018 fand die Sitzung der Landesgruppe Baden Württemberg in Tübingen zum Thema "Wohnvielfalt – gemeinschaftliches Wohnen" statt. Begonnen wurde mit der Besichtigung eines Wohnprojekts in der Alten Weberei. Im bewohnergeführten Café stellten Gerd Kuhn (Universität Stuttgart), Mitautor der gleichnamigen Publikation der Wüstenrot Stiftung, und Tim von Winning (ehemaliger Planungsamtsleiter von Tübingen) die Besonderheiten des Quartiers vor: Die Stadt Tübingen hat insbesondere von den Baugemeinschaften bei der Bewerbung um ein Grundstück entsprechende Konzeptvorschläge verlangt, die einen Beitrag zum Quartier nachweisen mussten. So entstand u.a. das Café "Viertelvor", das

Quartierstreffpunkt und Veranstaltungsort ist. Der Exkursionsteil wurde mit einem Rundgang durchs Quartier abgeschlossen.

In der Mitgliederversammlung wurde das Thema mit zwei Fachvorträgen von den DASL-Mitgliedern Prof. Susanne Dürr, Hochschule Karlsruhe und Dr. Stefan Krämer, stellvertretender Geschäftsführer der Wüstenrot Stiftung und Auftraggeber der Studie vertieft.

Stefan Krämer führte zunächst in die Forschungsarbeit von Susanne Dürr und Gerd Kuhn zur "Wohnvielfalt" ein. Kernfrage bzw. Anliegen war dabei, den Gründen nachzugehen, warum die in den Forschungsarbeiten LANDESGRUPPE Baden-Württemberg

"Wohnvielfalt – gemeinschaftliches Wohnen"



Besichtigung eines Wohnprojektes in der Alten Weberei

gewonnenen Erkenntnisse nur wenig Einzug in die Planungspraxis finden. Der Wohnungsbau müsse zum strategischen Thema ausgebaut werden, um auf Zukunftsfragen unserer Gesellschaft reagieren zu können. Hilfreich wäre es beispielsweise, nach 10-15 Jahren zu untersuchen, inwieweit die Projekte verstetigt wurden und Vorbildfunktion für andere Quartiere übernommen haben. Krämers Auffassung nach wurde der Wohnungsbau in Deutschland jahrelang vernachlässigt – insbesondere der Wohnungsbestand wurde außer Acht gelassen. Daher wurden auch kaum Modelle zur Sanierung von preiswerten Wohnraum entwickelt. So zeigten die untersuchten Fallbeispiele in der Forschungsarbeit wieder einmal mehr die außergewöhnlichen Modelle der

"üblichen Verdächtigen" in den bekannten experimentierfreudigen Städten Tübingen, München, Wien, Zürich auf. Darstellungen und Untersuchungen des Normalmaßes des Wohnens fehlten jedoch. Prof. Susanne Dürr stellte als Mitautorin des Buches "Wohnvielfalt" ausgewählte Beispiele vor. Sie verwies auf die städtebaulichen Qualitäten, insbesondere der Begegnungsräume, die gleichzeitig zwischen innen und außen vermitteln, durch z.B. Foyers, rue interieur, Treppenhäuser, Durchgänge uvm (vgl. Wüstenrot Stiftung (Hg.): Wohnvielfalt. Gemeinschaftlich wohnen – im Quartier vernetzt und sozial orientiert. Susanne Dürr, Gerd Kuhn, Ludwigsburg 2017).

Barbara Engel Landesgruppe Baden-Württemberg

DASL Landesgruppen DASL Landesgruppen

Neues aus den Landesgruppen

LANDESGRUPPE Nordrhein-Westfalen

"Die Halstenbergpreisträger 2018" – ein Preis der DASL NRW

Festakt und Preisübergabe am 04.07.2018 im Großen Saal des Düsseldorfer Industrieclub

Auf der Mitgliederversammlung am 02.02.2018 wurden die Preisträger für den Halstenbergpreis 2018 bekannt gegeben.

Der Halstenbergpreis besteht aus:

1. Der Halstenberg-Medaille.

Sie wird an verdiente Persönlichkeiten für ihre besonderen und herausragenden Leistungen im Städtebau und in der Landesplanung für das Land NRW vergeben.

2018 geht sie an Prof. Dr. Christoph Zöpel aus Bochum, Minister a. D. im Auswärtigen Amt der BRD und Honorarprofessor, für sein Lebenswerk als Impulsgeber in vielen Bereichen der Raumplanung und der Stadtentwicklung für das Land NRW.

2. Der Halstenberg-Belobigung.

Sie wird als Anerkennung für ungewöhnliche Herangehensweise und Arbeiten im Städtebau und der Landesplanung vergeben.

2018 geht sie an die netzwerkarchitekten GmbH aus Darmstadt - eine Arbeitsgemeinschaft von Architekten, Ingenieuren und Stadtplanern für die Planung und Gestaltung des öffentlichen Raums unter +/- 0, der U-Bahn-Strecke Wehrhahnlinie in Düsseldorf.

Philosophie des Halstenbergpreises

Mit der jährlichen Verleihung des Halstenbergpreises durch die DASL NRW wird dauerhaft Friedrich Halstenbergs umfangreiches Wirken zwischen Wissenschaft und Politik, Landesplanung und Raumordnung öffentlich geehrt. Es handelt sich um den einzigen Preis in der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet der Landesplanung.

Wir Städtebauer und Landesplaner in der DASL NRW haben es als Manko empfunden, wie wenig Wertschätzung dem Instrument der Landes- und Regionalplanung in vielen Bundesländern noch gezollt wird. Auch in Nordrhein-Westfalen soll die Landesplanung wieder in den Mittelpunkt der Landesentwicklung treten. Darum haben wir den Halstenbergpreis ins Leben gerufen. Der Preis und die zukünftigen Preisträger können so dazu beitragen, die Bedeutung der Landesplanung über die enge Fachwelt hinaus zu vermitteln. Sie ist und bleibt für die gesellschaftliche Entwicklung ein unverzichtbares Element in der demokratischen Planung.

Erläuterungen zum Preisträger und zum Laudator der Halstenberg-Medaille

Visionäre für die Metropole Ruhr treffen sich zur Vergabe der Halstenberg-Medaille. Einer wird geehrt, ein anderer ist der Laudator. Beide kommen aus Bochum und haben ein humanistisches Abitur.

Der eine – der Preisträger Prof. Dr. Christoph Zöpel, Bauund Verkehrsminister des Landes NRW und Staatsminister des Auswärtigen Amtes der BRD, Honorarprofessor und SPD-Mitglied.

Der andere – der Laudator Prof. Dr. Norbert Lammert, Bundestagsabgeordneter, Staatssekretär und Bundestagspräsident a. D., Honorarprofessor sowie ehemaliger Vorsitzender der Ruhr-CDU.

Der Preisträger

Prof. Dr. Christoph Zöpel hat 10 Jahre als Minister für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung die Landesentwicklungsplanung von NRW mit vielen Projekten wie z. B. im Rahmen der IBA Emscherpark gestaltet. Mit seinem Projekt der ökologischen Revitalisierung von Ballungsräumen, mit dem Projekt des Emscherumbaus, wurde ein weltweites Vorbild geschaffen. Der Ballungsraum Rhein-Ruhr-so sein Plädoyer-sollte in seinem Buch "Weltstadt

LANDESGRUPPE Nordrhein-Westfalen

"Die Halstenbergpreisträger 2018" – ein Preis der DASL NRW



Ruhr" ein Städteverbund werden, der global handelt in Wissenschaft und technischen ökonomischen Innovationen. Hierin kam auch die Kultur und Ästhetik nicht zu kurz. Wo es um Urbanismusdiskussionen ging, war er immer Meinungsführer mit seinem Wissen.

Erläuterungen zum Preisträger zum Laudator der Halstenberg-Belobigung

Die Preisträger

Die Netzwerkarchitekten aus Darmstadt setzen Maßstäbe in der Planungskultur.

Am 20.02.2016 nach 15 Jahren Planung und Bau wurde die Wehrhahnlinie in Düsseldorf – eine 3,5 km lange U-Bahn-Strecke – eröffnet. Aus einem zweistufigen EU-weiten Wettbewerb für eine Gesamtkonzeption dieser Strecke gingen die Netzwerkarchitekten aus Darmstadt in Zusammenarbeit mit der Künstlerin Heike Klussmann als Sieger hervor. So entstand eine von Architekten, Künstlern und Ingenieuren sowie der Stadt Düsseldorf von Beginn an in Kooperation entwickelte Stadtbahnstrecke (Wehrhahnlinie). Sie ist zu einem neuen Modell des gemeinschaftlichen Bauens geworden. Vom Wettbewerb 2001 bis zur Eröffnung war die Planungsmethodik und die Zusammenarbeit eine Erfolgsgeschichte und ein Beispiel für große Bauprojekte. Nur so konnte das unterirdische

Raumkontinuum seine gestalterische und technische Wirkung entfalten, das von der Fachwelt und den Benutzern hoch gelobt wird.

Der Laudator

Der Laudator ist Prof. Dipl.-Ing. Karl-Heinz Petzinka, Rektor der Düsseldorfer Kunstakademie, ehemals Universitätsprofessor für Entwerfen der TU Darmstadt, Programmdirektor der Kulturhauptstadt Ruhr 2010 und Professor der Klasse Baukunst an der Düsseldorfer Kunstakademie. Die Geschäftsführer der Netzwerkarchitekten waren in seiner Darmstädter Zeit Studierende an der TU.

Anmerkungen der Geschäftsstelle der DASL NRW zum Thema Metropole Ruhr

Im Kulturhauptstadtjahr 2010 hat die DASL NRW ein Buch herausgegeben:

"Charta Ruhr - Denkanstöße und Empfehlungen für polyzentrale Metropolen - mit dem Untertitel "Lernen von Ruhr".

Gewidmet war dieses Buch Prof. Dr. jur. Friedrich Halstenberg, dem Vater der Landesplanung in NRW und dem DASL-Mitglied zum 90. Geburtstag am 12.06.2010. Das Buch mit seinen Denkanstößen z. B. zu einer Metropolenverfassung mit Parlament und nur einem gewählten Präsidenten - um den gefesselten Giganten Ruhrgebiet zu befreien - wurde seinerzeit belächelt. Auch weitere Anregungen zum metropolitanen Mobilitätskonzept wurden fanden ebenfalls keine Beachtung. Die Mitglieder der DASL NRW freuen sich darüber, dass damals Herr Bundestagspräsident Norbert Lammert und Herr Prof. Zöpel auch unsere Meinung als zukunftsträchtig vertreten haben. Heute sind wir stolz darauf, dass sieben Jahre danach viele Denkanstöße in die politische Diskussion eingeflossen sind und ihre Verwirklichung finden.

Klaus Fehlemann Geschäftsführer der DASL NRW

DASL Landesgruppen DASL Landesgruppen

Unsere Fortbildungsinstitute

Institut für Städtebau Berlin und Institut für Städtebau und Wohnungswesen München stellen sich vor



Institut für Städtebau und Wohnungswesen, München Institut für Städtebau Berlin

Institut für Städtebau und Wohnungswesen

Schwanthalerstraße 22 80336 München

Fon 089 54 27 06-0 Fax 089 54 27 06-23 office@isw.de www.isw-isb.de

Institut für Städtebau Berlin

Schicklerstraße 5 – 7 10179 Berlin

Fon 030 2308 22-0 Fax 030 2308 22-22 info@staedtebau-berlin.de www.isw-isb.de

Institute der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung Als Fortbildungsinstitute der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) führen wir seit 1960 Fachtagungen, Fachseminare, Workshops und Exkursionen durch. Unser Themenspektrum umfasst Fragen des Städtebaus, der Stadtentwicklung, der Stadt- und Regionalplanung sowie der einschlägigen Rechtsgebiete. Wichtige Einzelthemen werden aus verschiedenen Blickwinkeln integrativ und in ihren Wechselwirkungen betrachtet.

Die Fortbildungsangebote werden von den entsprechenden Architektenkammern anerkannt. Im Zuge der Reform des technischen Referendariats werden seit Herbst 2017 je ein fünfwöchiges "Interdisziplinäres Fachforum" für Referendare aller Fachrichtungen sowie ein vierwöchiges, vertiefendes "Fachseminar Städtebau" angeboten.

Das Interdisziplinäre Fachforum und das Fachseminar Städtebau am ISB Berlin

Das Interdisziplinäre Fachforum wird jährlich im Frühjahr und im Herbst für eine Teilnehmerzahl von 30 bis 50 Referendaren/innen angeboten. Zur Vermittlung von städtebaulicher Kompetenz wird im Vorfeld ein vierwöchiges Fachseminar Städtebau durchgeführt.

Seit der Umstellung im Herbst 2017 sind beide Veranstaltungen sehr gut angenommen worden und können volle Platzzahlen vorweisen. Eine erfreuliche Entwicklung.



Praxisübung in Berlin

ISB Aktuell

Abschied von Harald Güther -Neue wissenschaftliche Referentinnen und Referenten in Berlin

Harald Güther - Wissenschaftlicher Referent ISB

Mit Beginn des Jahres hat sich Harald Güther, seit nahezu 25 Jahren Mitarbeiter am Institut für Städtebau Berlin, in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet.

Harald Güther übernahm ab Juli 1993 den Bereich Technische Elemente/Infrastruktur/Verkehr noch am alten Standort des Instituts in der Stresemannstraße. Schon kurz nach seinem Arbeitsbeginn hat er die meist in das europäische Ausland führenden Städtebaulichen Studienreisen des Instituts weiterentwickelt und 1995 eine Studienreise nach China angeboten. Es folgten viele weitere Reisen nach China, aber auch nach Indien, Mittel-und Südamerika und Südafrika. Darüber hinaus trug Herr Güther mit der Konzeption und der Leitung von Tagungen ganz unterschiedlicher Fachinhalte erheblich mit zum Erfolg des Instituts für Städtebau bei. (Bauen und Wohnen, Stadt und Energie, Stadt und Bahn, Mobilität in der Stadt, Baulandmobilisierung und ab 2012 auch Städtebau und Recht u.v.a.m). Ein weiterer Schwerpunkt war die Mitarbeit bei insgesamt 49 Referendarlehrgängen mit viel Engagement in Vorträgen und Übungen sowie der Betreuung von einer ganzen Generation von Referendaren, die inzwischen in den Spitzen der Verwaltung angekommen sind.

Wie wir Herrn Güther kennenlernen durften, wird er seine Energie künftig nicht ruhen lassen. Unsere besten Wünsche mögen ihn begleiten.

Ihre neuen Ansprechpartner am ISB

Wir freuen uns, Ende 2017/Anfang 2018 neue wissenschaftliche Referentinnen und Referenten hinzugewinnen zu können.

Hier stellen wir Ihnen unsere neuen in Gesichter in Berlin vor:



Malte Arndt

M.Sc. Stadt- und Regionalplanung

Telefon: 030-230822-18 Fax: 030-230822-22 arndt@ staedtebau-berlin.de



Maria Köppen

M.Sc. Stadt- und Regionalplanung

Telefon: 030-230822-23 Fax: 030-230822-22 koeppen@ staedtebau-berlin.de



Harald Güther auf der Fachtagung "Städtebau und Recht"



Mareike Schnorr

M.Sc. Umweltplanung und Recht

Telefon: 030-230822-20 Fax: 030-230822-22 schnorr@ staedtebau-berlin.de

ISW Aktuell

ISW vor Ort in München: München weiterbauen - Aktuelle Strategien und Projekte der Stadtentwicklungsplanung / ISW-Fachexkursion am 16./17.03.2018 in München



Wohnbauprojekt wagnisArt im Domagkpark München

München wächst – und das den neuesten Prognosen entsprechend immer schneller. Das Wachstum birgt insbesondere vor dem Hintergrund der bestehenden hohen Bevölkerungsdichte, hohen Boden- und Mietpreisen sowie begrenzter Flächenpotenziale große Herausforderungen. Entsprechend dynamisch zeigt sich die städtebauliche Entwicklung der Stadt. Hiervon konnten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Rahmen der Fachexkursion "ISW vor Ort in München" am 16./17. März vor Ort überzeugen. Ziel der Fachexkursion war es, allen Teilnehmenden innerhalb von zwei Tagen einen möglichst konkreten Einblick in die aktuelle städtebauliche und stadtentwicklungspolitische Entwicklung und Perspektive der Stadt München zu geben. Einführende Vorträge gaben den Teilnehmerinnen und Teilnehmern einen Einblick in ausgewählte, mit dem Wachstum verbundene Herausforderungen. Im Fokus standen die Themenbereiche bezahlbarer Wohnraum, die nahezu ausgeschöpften Flächenpotenziale im Stadtgebiet sowie die Entwicklung von Grün- und Freiflächen.

Langfristige Siedlungsentwicklung und Wohnungsbau

Mit dem Projekt "Langfristige Siedlungsentwicklung" (LaSie) sucht die Landeshauptstadt München Antworten auf den absehbaren Engpass bei Wohnbauflächen. Das Projekt LaSie zielt darauf ab, neue Flächen für Wohnungen zu identifizieren und eine mögliche bauliche Entwicklung in die Wege leiten. Nachverdichtung, Umstrukturierung und Entwicklung am Stadtrand lauten die drei Strategien, die an-

gewendet werden, um Wachstumspotenziale innerhalb der Stadtgrenzen zu identifizieren sowie eine verträgliche Außenentwicklung zu ermöglichen.

Das Wohnungsbauprogramm "Wohnen für alle" ergänzt die bestehenden Programme der Stadt München seit 2016 und trägt der steigenden Nachfrage nach gefördertem Wohnraum für einkommensschwache Gruppen Rechnung. Bis 2019 sollen rund 3.000 neue Wohnungen für Familien mit geringem Einkommen, Auszubildende und junge Berufstätige sowie anerkannte Flüchtlinge errichtet werden. Mit der Parkplatzüberbauung am Dantebad wurde im weiteren Verlauf der Fachexkursion ein Pilotprojekt des Wohnungsbauprogramms besichtigt.

Tradition und Moderne in der Münchner Innenstadt

Die Entwicklung der Münchner Innenstadt zeigt sich ebenfalls sehr dynamisch. Hier treffen viele Interessen aufeinander, gleichzeitig ist sie ein Ort kontinuierlicher Veränderung. Erklärtes Ziel der Stadt ist es, das besondere Flair der Innenstadt mit ihren historischen Strukturen, Passagen, Höfen und Gebäuden, trotz umfangreicher Neubaumaßnahmen, Veränderungen im Einzelhandel und der Integration neuer Nutzungen zu erhalten. Auch wenn es immer wieder Diskussionen um neue Planungen und Entwicklungen gibt (z.B. Hotel Königshof und Alte Akademie), konnten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer anhand verschiedener Projekte der jüngeren Vergangenheit (z.B. St.-Jakobs-Platz, Hofstatt/ehem. SZ-Stammgelände) davon überzeugen, dass es möglich ist, traditionelle Strukturen weiterzuentwickeln und moderne Neubaumaßnahmen im Einklang mit der bestehenden Baustruktur in die Innenstadt zu integrieren.

Dabei werden die Konsequenzen aus den vorherigen Stadterweiterungswellen gezogen und das Spektrum durch Aufnahme neuer technischer und sozialer Anforderungen erweitert.

Konversion und Quartiersentwicklung

Die Bautätigkeit in München ist insbesondere im Wohnungsbau sehr hoch und umfasst, neben Nachverdichtungsmaßnahmen, den Neubau von ganzen Stadtquartieren.



Einkaufspassage Hofstatt Sendlinger Straße

Ehemalige innerstädtische Kasernenareale und Gewerbebrachen sowie Erweiterungsflächen am Stadtrand bieten die Möglichkeit, neue, moderne Quartiere zu entwickeln. Besichtigt wurden in diesem Zusammenhang die Entwicklungsprojekte Werksviertel und Kreativguartier - ehemalige Gewerbe- bzw. Kasernenflächen, die aktuell mit unterschiedlichen Nutzungen zu neuen Stadtentwicklungsquartieren entwickelt werden. Das Werksviertel entsteht hinter dem Münchner Ostbahnhof auf den Flächen der ehemaligen Produktionsstätten von Pfanni, Zündapp, Konen und Optimol. Neben Wohnraum und einem großen Anteil an Arbeitsplätzen wird das neue Münchner Konzerthaus im Werksviertel geplant. Das Kreativquartier wird auf der ehemaligen Fläche der Luitpoldkaserne entwickelt. Geplant ist die Entwicklung eines urbanen Stadtquartiers, in dem Wohnen und Arbeiten mit kunst-, kultur- und wissensbezogenen Nutzungen verknüpft wird.

Die Zusammenarbeit mit Konsortien aus Baugenossenschaften, Baugemeinschaften und privaten sowie städtischen Wohnungsbaugesellschaften spielt im Münchner Wohnungsbau eine große Rolle. Das genossenschaftliche, mehrfach mit Architektur- und Städtebaupreisen ausgezeichnete Wohnprojekt wagnisArt im Domagkpark, wurde im Rahmen der Fachexkursion besichtigt. Die Teilnehmenden hatten neben der Erläuterung des Projektes und der verschiedenen Nutzungen auch die Chance, sich in den verschiedenen Gebäudekomplexen umzusehen.



Parkplatzüberbauung im Dantebad München

Ein weiterer wesentlicher Punkt der Quartiersentwicklung in München ist die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs. Mit der Konzeption und Umsetzung innovativer Mobilitätskonzepte wird darauf hingearbeitet, die Quartiere weitestgehend autofrei zu gestalten, und beispielsweise über eine Mobilitätszentrale Anreize zur Nutzung alternativer Verkehrsmittel und sharing-Angebote zu schaffen und Elektromobilität zu fördern. Die erste E-Mobilitätszentrale Münchens wurden 2016 im Domagkpark eröffnet.

Die Fachexkursion wurde durch Vorträge und Führungen von leitenden Mitarbeitern der Landeshauptstadt, München Dipl.-Ing. Steffen Kercher, Dipl.-Ing. Werner Hasenstab, Dipl.-Ing. Sabine Steger, Dipl.-Ing. Katja Strohhäker sowie Dipl.-Ing. Architektin Gerda Peter, GWG München, Dipl.-Ing. Stephan Reiß-Schmidt, freier Berater und Stadtdirektor a.D., Dipl.-Ing. Architekt Johannes Ernst, Steidle Architekten, Dr. Agnes Förster, Studio I Stadt I Region München, Rut Maria-Gollan, wagnis eG und Florian Lippmann, GEWOFAG München unterstützt. Darüber hinaus fand ein Besuch nebst fachlichem Austausch mit Dipl.-Ing. Architekt Andreas Garkisch im Büro 03 Architekten in München statt.

Sarah Dörr, Wissenschaftliche Referentin ISW Institut für Städtebau und Wohnungswesen München

ISW Aktuell

ISB/ ISW Veranstaltungen

Kursrückblick 2018 1. Halbjahr



Vortragssituation während der Tagung

Smart city, smart shopping? Digitale Aspekte und räumliche Effekte der Einzelhandels- und Innenstadtentwicklung

am 13.11.2017 in München

Die voranschreitende Digitalisierung, das Wachstum des Onlinehandels sowie die mit dieser Entwicklung verbundenen gesellschaftlichen, räumlichen und technischen Innovationen und Veränderungsprozesse beschäftigen Stadt und Handel bereits seit einigen Jahren.

Auch wenn verschiedene Prognosen davon ausgehen, dass sich das Wachstum im Onlinehandel in Zukunft verlangsamen könnte und teilweise sogar vom Erreichen einer baldigen Wachstumsgrenze die Rede ist, haben die Vorträge und Diskussionen im Rahmen der Tagung gezeigt, dass die Akteure aus Stadt und Handel nicht nur lernen müssen mit den aus der Digitalisierung resultierenden Veränderungsprozessen umzugehen, sondern aktiv die Chancen dieser Entwicklung nutzen müssen.

Das infolge des wachsenden Onlinehandels stark in den Fokus gerückte Thema der Citylogistik sowie insbesondere die große Herausforderung der Logistik auf der letzten Meile, war ebenfalls Gegenstand der Veranstaltung. Neben einem Überblick über bestehende und zukünftige Herausforderungen, wurden Projekte zur Optimierung der Citylogistik und Reduzierung des Verkehrsaufkommens vorgestellt.



Berlin-Mitte - beliebtes Pflaster

Wertermittlung nach dem BauGB

vom 21.-23.03.2018 in Berlin

Die Tagungsreihe "Wertermittlung nach dem Baugesetzbuch" ist auf die Belange der Praxis abgestimmt und vertieft Schwerpunktthemen zu aktuellen Fragen der Wertermittlung. Die Vorträge dieses Seminars setzen den Erfahrungsaustausch mit neuen Schwerpunkten und Beispielen fort.

Die Ermittlung eines verlässlichen Marktwertes, Verkehrswertes oder Beleihungswertes von Grund und Boden sowie der darauf befindlichen Gebäude und sonstigen Anlagen muss sich den ständig wechselnden Anforderungen des Marktes und der Wirtschaftsentwicklung anpassen. Die standardisierten Verfahren der Wertermittlung streben eine möglichst objektive Aussage an, bei der subjektive und besondere Einflüsse weitgehend ausgeschaltet werden sollen.

Die Themen der Frühjahrstagung waren:

VBORIS für Deutschland

- Ermittlung von Immobilienrichtwerten
- Überregionale Sachwertfaktoren
- Immobilienmarktbericht Deutschland
- Wertermittlung in Sanierungs-/Entwicklungsgebieten

Der nächste Termin: 07.-09.11.2018 in Berlin Anmeldungen können in Kürze über die Website der Institute www.isw-isb.de erfolgen. Dort finden Sie auch das aktuelle Programm für den Herbst 2018.

Kursvorschau 2017 2. Halbjahr: Gefragte Tagungen



Ein neues Quartier entsteht

Urbane Gebiete – Möglichkeiten und Grenzen in der Planungspraxis

am 05.06.2018 in Frankfurt a.M. (41/18), am 18.06.2018 in München (47/18), am 22.06.2018 in Berlin (49/18), am 29.06.2018 in Düsseldorf (50/18)

Mit der Planungsrechtsnovelle 2017 wurde das urbane Gebiet als § 6a in die Baunutzungsverordnung aufgenommen. Die neue Baugebietskategorie soll seither das Planen und Bauen in innerstädtischen Gebieten vereinfachen.

In der Planungspraxis wirft das urbane Gebiet indes einige Fragen auf: Im Rahmen der Fortbildungsveranstaltung soll daher unter anderem diskutiert werden, ob es sich beim urbanen Gebiet lediglich um ein Instrument der Bestandsentwicklung handelt, oder ob es auch für die Neuplanung ganzer Quartiere geeignet ist. Des Weiteren wird der fachgerechte Umgang mit den vergleichsweise hohen Maßobergrenzen urbaner Gebiete – auch hinsichtlich bauordnungsrechtlicher Bestimmungen – Gegenstand der Veranstaltung sein. Aufgrund der ebenfalls im Rahmen der Novellierung erfolgten Ergänzung der technischen Regelwerke zum Lärmschutz (TA Lärm und 18. BlmSchV), ist ein weiterer zentraler Punkt der Umgang mit Lärm innerhalb des neuen Baugebiets. Ergänzt wird das Tagesseminar durch erste Erfahrungsberichte und Anwendungsbeispiele aus der Planungspraxis.



Blick auf Hamburg mit Elbphilharmonie

ISW vor Ort in der Hansestadt Hamburg

am 08./09.06.2018 in Hamburg

Bis 2030 rechnet Hamburg mit einem Wachstum von rund 100.000 Neubürgern – eine Prognose, die mit steigender Nachfrage nach Wohnraum, Wohnungsknappheit und hohen Mieten einhergeht. Daher versucht die Hansestadt, die vorhandenen Flächenpotenziale für den dringend zu realisierenden Wohnungsbau systematisch aufzubereiten. Dazu zählen großflächige, innerstädtische Entwicklungsprojekte, die deutschlandweit Beachtung finden und im Fokus dieser Exkursion stehen. Die HafenCity zählt zu den größten Stadtentwicklungsprojekten Europas.

Mitten in Hamburg entsteht ein neuer, gemischt genutzter Stadtteil, der die Innenstadt durch Umnutzung einer ehemaligen Hafenfläche um 40% erweitert. Mitte Altona ist das zweitgrößte Stadtentwicklungsgebiet in Hamburg. Zusammen mit der Verlegung des Fernbahnhofs entstehen in den nächsten 15 Jahren Wohnquartiere, innovative Gewerbe- sowie Sportflächenentwicklungen. Darüber hinaus hat die IBA Hamburg von 2006 bis 2013 das Bild der "Problemstadtteile" Wilhelmsburg und Veddel verändert. Unter dem Motto "Zukunft der Metropolen" suchte die IBA Antworten auf die dringendsten Fragen der modernen Stadt und realisierte dazu experimentelle Modellprojekte. Diese genannten Großprojekte werden im Rahmen der Exkursion besichtigt. Fachvorträge zu stadtentwicklungspolitischen Strategien und aktuellen Herausforderungen der Hansestadt Hamburg runden das Programm ab.

ISB/ ISW Veranstaltungen

Kursvorschau 2018



Region am Wendelstein

ISW vor Ort in Weyarn und Brannenburg Neue Baukultur und urbane Wohnbau- und Quartiersprojekte im ländlichen Raum am 04.07.2018 ab/bis München

Die Metropolregion München zählt zu den wachstumsstärksten Regionen in Deutschland. Der Druck und die Nachfrage nach zusätzlichem Wohnraum beschränkt sich jedoch nicht nur auf die Landeshauptstadt, sondern ist mitsamt der bekannten Begleiterscheinungen wie steigenden Wohn- und Mietkosten sowie Flächenneuinanspruchnahme in der gesamten Region präsent. Doch das Wachstum eröffnet auch Chancen für die betroffenen Kommunen und bietet u.a. durch die Integration urbaner Wohn- und Lebensformen neue Spielräume für eine zukunftsfähige Stadt- und Ortsentwicklung. Es gilt, das Wachstum behutsam und unter Berücksichtigung der vorhandenen lokalen Strukturen und Bedürfnisse so zu gestalten, dass neue Qualitäten im Bereich Wohnen, Daseinsvorsorge und Baukultur entstehen können.

Ziel der Fachexkursion ist es, anhand von zwei ausgewählten Bauprojekten in kleinen Gemeinden beispielhaft aufzuzeigen, wie die Herausforderung Wachstum gewinnbringend für Kommunen genutzt werden kann. Besichtigt werden die Projekte "Innerörtliche Nachverdichtung am Klosteranger" in Weyarn, und "Dahoam im Inntal – Mehrgenerationenwohnen am Wendelstein" in Brannenburg. Beide Projekte wurden zuletzt im Rahmen der Verleihung des Preises für Baukultur der Metropolregion München 2018 ausgezeichnet.

2. Halbjahr



Die Stadt Meißen während des Elbehochwassers

Hochwasserschutz in der räumlichen Planung und bei der Vorhabenzulassung

am 03.07.2018 in Stuttgart

Zunehmende Hochwasserereignisse machen einen verbesserten Schutz als Aufgabe der Länder und Kommunen unerlässlich. Mit dem HWSchG II aus dem Jahr 2017 wurden das BauGB und das WHG um weitere Regelungen ergänzt. Den Gemeinden stehen nun erweiterte Festsetzungsmöglichkeiten zum Hochwasserschutz in Bebauungsplänen zur Verfügung. Zweck ist, die Schäden durch Hochwasser und Starkregenereignisse zu vermeiden oder zu vermindern und zwar auch dort, wo das wasserrechtliche Planungs- und Bauverbot nicht greift.

Die Belange des Hochwasserschutzes in der Bauleitplanung wurden durch Einführung von Abwägungsdirektiven in das WHG gestärkt. Dies gilt auch in der neuen Gebietskategorie "Risikogebiete außerhalb von Überschwemmungsgebieten". Zur Verringerung von Schäden durch Starkregenereignisse ist das "Hochwasserentstehungsgebiet" eingeführt worden. Von Bedeutung ist zudem der eingeführte Drittschutz bei der Erteilung von Ausnahmegenehmigungen und die Bevorratung von Rückhalteflächen.

Die Tagungen greifen die aktuellen rechtlichen Entwicklungen auf und beantworten praxisrelevante Fragen zum Hochwasserschutz.

Kursvorschau 2018 / 2. Halbjahr



Gründerzeitbauten in Berlin-Moabit

Erhaltungssatzungen und sozialgerechtes Wohnen am 07./08.06.2018 in Berlin

Die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum ist eines der drängendsten Probleme in kommunalen Verdichtungsräumen. Das betrifft sowohl die Ausweisung und Entwicklung neuer Bauflächen als auch die Sicherung bestehenden und sozialgerechten Wohnraums. Daher erfährt derzeit die soziale Erhaltungssatzung in den Mittel- und Großstädten eine Renaissance. Sie wird dazu eingesetzt, um Luxussanierungen im Bestand und eine anknüpfende Verdrängung der bisherigen Bewohnerstruktur zu verhindern und auch die Umwandlung in Eigentumswohnungen einzudämmen. Fraglich ist, inwieweit mit der sozialen Erhaltungssatzung tatsächlich die angestrebten Ziele erreicht werden können. Viele Genehmigungsvorbehalte sind zeitlich befristet. Auch wenn sog. Luxussanierungen untersagt sind, sind Modernisierungen in einem engeren Rahmen möglich. Davon betroffen sind oft Wohnungen mit besonders hohem Inwertsetzungsbedarf, die wiederum bislang eine Wohnraumversorgung für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen ermöglichten. Diese vielfältigen Aspekte stehen im Zentrum der Fachtagung "Erhaltungssatzungen und sozialgerechtes Wohnen". Neben der sozialen Erhaltungssatzung werden auch die soziale Bodennutzung, die Auswirkungen von Mietportalen wie AirBnB auf den Wohnungsmarkt oder die Möglichkeiten des Neubaus von Wohnungen zu verträglichen Mietpreisen beleuchtet und ausführlich diskutiert.

Auswahl Termine Sommer/Herbst 2018

Umweltprüfung und Umweltbericht

11.-13.06.2018 in Berlin

Flächennutzungsplanung - Aktuelle Praxisfragen und Perspektiven der vorbereitenden Bauleitplanung 18.-19.06.2018 in Berlin

Hochwasserschutz in der räumlichen Planung und bei der Vorhabenzulassung in Baden-Württemberg 03.07.2018 in Stuttgart

ISW vor Ort in Weyarn und Brannenburg 04.07.2018 ab/bis München

$Grund st\"{u}ckswerter mittlung \\$

13.-14.09.2018 in Würzburg

Städtebau und Recht

24.-28.09.2018 in Berlin

Würzburger Beitragstage 2018

08.-09.10.2018 in Würzburg

Wertermittlung nach dem BauGB

07.-09.11.2018 in Berlin

Städtebauförderung

12.-14.11.2018 in Berlin

Naturschutz und Baurecht

19.-21.11.2018 in Berlin

Lärmschutztage NRW

29.-30.11.2018 in Essen

Detailprogramme und Anmeldung: www.isw-isb.de
Dort können Sie sich auch für unseren
Newsletter anmelden, um regelmäßig unsere
Veranstaltungsprogramm zu beziehen.
Weitere Informationen: 030 23 08 22 -0 oder
info@staedtebau-berlin.de

ISB/ISW Veranstaltungen

Unser Forschungsinstitut

Zentralinstitut für Raumplanung an der Universität Münster (ZIR) stellt sich vor



Team des ZIR

Das Zentralinstitut für Raumplanung an der Universität Münster hat als Forschungsinstitut für deutsches und europäisches Öffentliches Recht satzungsgemäß die Aufgabe, die wissenschaftlichen Grundlagen für die Raumplanung einschließlich ihrer europarechtlichen Determinanten und des raumbedeutsamen Umweltschutzes im Bundesgebiet, vornehmlich auf dem Gebiet der Rechtswissenschaft, in interdisziplinärer Zusammenarbeit mit den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und – soweit erforderlich – anderen Wissenschaftsdisziplinen zu erforschen.

Es erfüllt seine Aufgaben in Zusammenarbeit und in vielfältigen Kontakten mit anderen Einrichtungen aus Wissenschaft und Praxis. Neben den engen Arbeitskontakten mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, dem Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen und der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) besteht eine Kooperation mit den fachlich zuständigen Fakultäten und Instituten der Universität Münster, mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), dem Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH (ILS) und der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung e. V. (DASL).

Die Forschungsarbeit des Zentralinstituts dient der Sicherung wissenschaftlicher Grundlagen für politische und administrative Aufgaben des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen. Insoweit erfüllt das Institut Ressortforschungsaufgaben. Die Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Arbeit tragen zur Erweiterung des allgemeinen wissenschaftlichen Erkenntnisstandes bei und kommen neben dem Bund und dem Land Nordrhein-Westfalen als den Zuwendungsgebern des Instituts auch anderen Gesetzesanwendern im Bereich der Raumordnung, des Städtebaues, der Umweltpolitik und nicht zuletzt dem Gesetzgeber zugute.

Forschungsvorhaben des Zentralinstituts

Die von Mitarbeitern des Zentralinstituts zur Zeit bearbeiteten laufenden Forschungsvorhaben umfassen Fragestellungen des deutschen und europäischen öffentlichen Rechts, insbesondere mit Bezügen zum Bau- und Raumordnungsrecht. Den Schwerpunkten der Forschungstätigkeit des Instituts als Forschungsinstitut für deutsches und europäisches öffentliches Recht lassen sich folgenden Themenbereichen zuordnen:

- 1. Übergreifende Fragen des Raumplanungsrechts
- 2. Öffentliches Baurecht und Raumordnungsrecht
- 3. Raumbedeutsames Umweltrecht und Fachplanungsrecht
- 4. Verfassungsrechtliche Fragen, die für Teilgebiete des Verwaltungsrechts bedeutsam sind
- 5. Europäisches Raumplanungsrecht
- Europarechtliche Fragen, insbesondere Einwirkungen des Europarechts auf Teilgebiete des deutschen Verwaltungsrechts

Die Forschungsergebnisse des Zentralinstituts werden in der Schriftenreihe Beiträge zum Raumplanungsrecht, Lexxion Verlag Berlin, veröffentlicht. Ein Verzeichnis dieser Veröffentlichungen ist unter www.jura.uni-muenster.de/de/fakultaet/fakultaetsnahe-einrichtungen/zir/einsehbar.

ZIR Aktuell

Umweltprüfung und BauGB-Novelle Münsteraner Gespräche zum Umwelt- und Planungsrecht am 5. Dezember 2017



von links: Prof. Dr. Jarass, Rudolf Graaff, Dr. Joachim Hartlik, Prof. Dr. Schlacke

Die Veranstaltung, welche im Rahmen der durch das Zentralinstitut für Raumplanung (ZIR) sowie das Institut für Umwelt- und Planungsrecht (IUP), gemeinsam ausgerichteten Veranstaltungsreihe "Münsteraner Gespräche zum Umwelt- und Planungsrecht" stattfand, umfasste neben zwei wissenschaftlichen Fachvorträgen eine anschließende Diskussionsrunde, mit rund 40 Teilnehmer.

Prof. Dr. Sabine Schlacke, Institut für Umwelt- und Planungsrecht, wies darauf hin, dass sowohl die UVPG- als auch die BauGB-Novelle jede für sich eine Gesprächsveranstaltung wert gewesen wären, man sich aber für eine Verschränkung beider Novellen entschieden habe. Dabei wolle man sich auf die Wirkungen der Novellen aufeinander konzentrieren. Im Mittelpunkt stünde hierbei der neugeschaffene § 13b BauGB, der für den Städtebau ein Instrument zur Überplanung von Außenbereichsflächen zu Siedlungszwecken beinhalte. Gründe für die Schaffung der gesetzlichen Regelung seien der Wohnbedarf sowie die Grenzen der Innenbereichsentwicklung.

Dr. Joachim Hartlik vom Büro für Umweltprüfungen und Qualitätsmanagement aus Lehrte sowie 1. Vorsitzender der UVP-Gesellschaft, Paderborn, stellte die Novelle des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes (UVPG) und ihre Auswirkungen auf das Städtebaurecht vor.Er benannte sowohl positive als auch negative Faktoren in Bezug auf die Umsetzung im UVPG, beispielsweise zeigte er als positiv auf, dass die Überwachung von Projekten eingeführt werde, und als

negativ, dass die "Bevölkerung" im UVPG kein eigenes Schutzgut wie in der UVP-Richtlinie darstelle. Defizite zeigte er auch im Hinblick auf die BauGB-Novelle und das beschleunigte Verfahren auf. Hartlik konstatierte gegenläufige Tendenzen im Umwelt- und im Planungsrecht. So fände einerseits eine Verschärfung der Anforderungen an Umweltprüfungen statt, andererseits gäbe es Deregulierungsaktivitäten, die zur Vermeidung oder Umgehung von Umweltprüfungen führten. Er erklärte in seinem Vortrag mehrfach, dass er die Umsetzung der UVP-Richtlinie in Teilen für europarechtswidrig halte.

Im Anschluss daran hielt Rudolf Graaff, Beigeordneter des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, einen Vortrag über die Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren nach § 13b BauGB darstellte. Ziel der Einführung des § 13b BauGB sei die Bekämpfung der Wohnungsnot, die nicht allein über die Verdichtung des Innenbereiches zu erreichen sei. So fehlten allein in Nordrhein-Westfalen bis 2020 400.000 neue Wohnungen. Der Gesetzgeber habe mit der Novelle den Vorschlag der kommunalen Verbände, die aufwendigen Verfahren zu beschleunigen, übernommen. Dabei seien für die Anwendbarkeit des beschleunigten Verfahrens zur Aufstellung eines Bebauungsplanes kumulativ drei Voraussetzungen zu erfüllen: Es muss die Zulässigkeit von Wohnnutzung auf Flächen begründet werden, die Grundfläche darf nicht größer als 10.000 Quadratmeter sein und sie muss sich an im Zusammenhang bebaute Ortsteile anschließen. Graaff erklärte, dass noch viele Detailfragen zu klären seien. Er verteidigte die Regelung gegenüber dem Vorwurf der Europarechtswidrigkeit und verwies auf eine Ausnahmevorschrift in der UVP-Richtlinie, die die nationale Regelung ermöglichen würde.

Zum Abschluss der Veranstaltung hatten die Teilnehmer der Veranstaltung die Gelegenheit zum wissenschaftlichen Austausch im Rahmen einer Diskussionsrunde, die von Prof. Dr. Hans D. Jarass, LL.M., Zentralinstitut für Raumplanung, moderiert wurde. Insbesondere die Frage der Europarechtswidrigkeit des § 13b BauGB wurde leidenschaftlich diskutiert, letztlich war man sich aber einig, dass diese Frage durch die Europäische Kommission bzw. den Europäischen Gerichtshof (EuGH) geklärt werden müsse.

Vorschau 2018

Juni

01.06.2018 **DASL Landesgruppe** Niedersachsen I Bremen **Kulturraum Stadt** Ort: Oldenburg

m.frank@nibelungen-wohnbau.de

05.06.2018

Urbane Gebiete - Möglichkeiten und Grenzen in der **Planungspraxis** Ort: Frankfurt am Main

07.-08.06.2018

www.isw-isb.de

Erhaltungssatzungen und sozialgerechtes Wohnen

Ort: Berlin www.isw-isb.de

08.-09.06.2018

ISW vor Ort in der Hansestadt Hamburg

Ort: Hamburg www.isw-isb.de

11.-13.06.2018 Umweltprüfung und Umweltbericht Ort: Berlin

www.isw-isb.de

www.isw-isb.de

18.06.2018

Urbane Gebiete - Möglichkeiten und Grenzen in der **Planungspraxis** Ort: München

18.-19.06.2018

Flächennutzungsplanung -Aktuelle Praxisfragen und Perspektiven der vorbereitenden Bauleitplanung

Ort: Berlin www.isw-isb.de

21.06.2018

Umweltaspekte in der Flächennutzungsplanung

Ort: München www.isw-isb.de

22.06.2018

Urbane Gebiete - Möglichkeiten und Grenzen in der **Planungspraxis** Ort: Berlin

www.isw-isb.de

29.06.2018

Urbane Gebiete - Möglichkeiten und Grenzen in der **Planungspraxis** Ort: Düsseldorf www.isw-isb.de

29.06.2018

DASL Landesgruppe Baden-Württemberg

IBA Heidelberg Ort: Heidelberg www.bw.dasl.de

Juli

03.07.2018

Hochwasserschutz in der räumlichen Planung und bei der Vorhabenzulassung in Baden-Württemberg

Ort: Stuttgart www.isw-isb.de

04.07.2018

DASL Landesgruppe NRW Verleihung Halstenbergpreis 2018

Ort: Düsseldorf dasl lg-nrw@dasl.de

04.07.2018 ISW vor Ort:

Weyarn und Brannenburg

www.isw-isb.de

September

07.09.2018

DASL Landesgruppe NRW **DASL VOR ORT in Dortmund**

Ort: Dortmund dasl lg-nrw@dasl.de

13.-14.09.2018

Grundstückswertermittlung

Ort: Würzburg www.isw-isb.de

19.09.2018

Ausarbeitung eines Bebauungsplans unter fachlicher **Anleitung**

Ort: München www.isw-isb.de

19.09.2018

BauNVO – Aktuelle Fragestellung und neueste Rechtsprechung

Ort: München www.isw-isb.de

24.-28.09.2018 Städtebau und Recht

Ort: Berlin www.isw-isb.de

27.09.2018

Deutscher Städtebaupreis 2018 Symposium und Preisverleihung Orte der Bildung und Kultur im städtebaulichen Kontext

Ort: Mainz www.dasl.de

28.-30.09.2018 **DASL Jahrestagung 2018** Migration im Alltag

Ort: Mainz www.dasl.de

Oktober

08.-09.10.2018

Würzburger Beitragstage 2018

Ort: Würzburg www.isw-isb.de

19.-28.10.2018

ISW vor Ort in San Francisco und der Bay Area

Ort: San Francisco www.isw-isb.de

17.10.2018

Ausarbeitung eines Bebauungsplans unter fachlicher

Anleitung Ort: Frankfurt/Main www.isw-isb.de

18.10.2018

Planen und Bauen bei hoher innerstädtischer Dichte

Ort: Stuttgart www.isw-isb.de

November

07.-09.11.2018

Wertermittlung nach dem BauGB

Ort: Berlin

www.isw-isb.de

12.-14.11.2018

Städtebauförderung

Ort: Berlin

www.isw-isb.de

19.-21.11.2018

Naturschutz und Baurecht

Ort: Berlin www.isw-isb.de

29.-30.11.2018

Lärmschutztage NRW Lärmschutz in der Bauleitplanung

Ort: Essen www.isw-isb.de

Vorschau 2017

Vorschau 2017

Personen der Akademie

PRÄSIDIUM

Präsidentin: Prof. Dr. (I) Elisabeth Merk Stadtbaurätin der Landeshauptstadt München

Vizepräsident: Dipl.-Ing. Paul Heinrich Börsch Amtsleiter, Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung, Erfurt

Wissenschaftlicher Sekretär: Prof. Dipl.-Ing. Julian Wékel

Direktor Institut für Städtebau und Wohnungswesen, München

Mitglieder: Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden

Dipl.-Soz. Margit Bonacker Dr.-Ing. Ulrich Hatzfeld Prof. Dr.-Ing. Johann Jessen

sowie die Vorsitzenden der acht Landesgruppen

LANDESGRUPPEN

Baden-Württemberg

Vorsitzender:Dr. Donato AcocellaStellvertreter:Prof. Dr. Barbara EngelGeschäftsführung:Dr.-Ing. Christine Grüger

Bayern

Vorsitzende: Dipl.-Ing. Andrea Gebhard
Stellvertreter: Dipl.-Ing. Karin Sandeck

Dipl.-Ing. Christine Schimpfermann Prof. Sophie Wolfrum Sabine Kaminski

Geschäftsführung: Sa

Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Dr.-Ing. Friedemann Kunst
Stellvertreter: Dipl.-Ing. Manfred Kühne
Dipl.-Ing. Ina Zerche

Geschäftsführung: Dipl.-Ing. Sybille Janssens

Hamburg, Mecklenburg-Vorp., Schleswig-Holstein

Vorstand: Dipl.-Ing. Olaf Bartels

Dipl.-Ing. Christina Ebel Dipl.-Ing. Ute Müller Dipl.-Ing. Andreas Thiele

Geschäftsführung: Oliver Riek, M.A.

Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland

Vorsitzende: Dr.-Ing. Monika Meyer
Stellvertreter: Prof. Dr.-Ing. Elmar Schütz
Dr.-Ing. Gabriela Bloem

Mitteldeutschland

Vorsitzender: Dipl.-Ing. Regina Sonnabend
Stellvertreter: Dipl.-Ing. Wolfgang Kunz
Dipl.-Ing. Paul Heinrich Börsch
Geschäftsführung: Dipl.-Ing. Reinhard Wölpert

Niedersachsen, Bremen

Vorstand: Dipl.-Ing. Peter Krämer

Dr. Frank-Egon Pantel Dipl.-Ing. Maren Sommer-Frohms

Nordrhein-Westfalen

Geschäftsführung:

Vorsitzende: Prof. Dr. Martina Oldengott
Stellvertreter: Dipl.-Ing. Martin Bauer

Dr.-Ing. Ernst Kratzsch Dipl.-Ing. Klaus Fehlemann

BUNDESGESCHÄFTSSTELLE



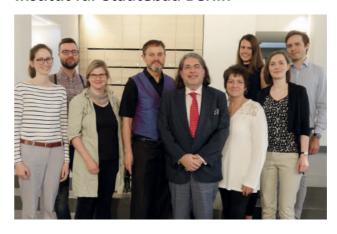
Leitung: Irene Gaus, B.A.
Verwaltung: Dipl.-Des. Uta Volkmann

Deborah Tzschaschel, B.A.

Ines Auer

Personen der Institute

Institut für Städtebau Berlin



Leitung:
Univ.-Prof. Dr.-Ing. habil. Stephan Mitschang

Wissenschaftliche Mitarbeiter: Malte Arndt, M.Sc. Dipl.-Ing. Andreas C. Eickermann Maria Köppen M.Sc. Mareike Schnorr M.Sc.

Verwaltung: Kerstin Heinze, Sven Kurzke, Vanessa Oettrich, Marion Rueß

Institut für Städtebau u. Wohnungswesen



Leitung: Prof. Dipl.-Ing. Julian Wékel

Wissenschaftliche Mitarbeiter: Dipl.-Geogr. Sarah Dörr Dipl.-Ing. David Ohnsorge

Verwaltung: Monika Kolberg, Annika Recht, Gerda Schenk und Fabian Hertrich

Zentralinstitut für Raumplanung



Leitung:
Prof. Dr. Hans D. Jarass, LL.M.
Geschäftsführerin: Prof. Dr. Susan Grotefels

Wissenschaftliche Mitarbeiter: Katharina Berkemeier, Malte Kramer, Dr. Boas Kümper, Mona Buske, Constanze Schäckel, Prof. Dr. Hendrik Schoen

Verwaltung: Anette Vorjohann, Manfred Schmitz

Studentische Hilfskräfte: Frederike Gellhaus, Lea Marie Ruschinzik, Stephan Steiner, Lennart Vetter 42 | **DASL – Kompakt** 1 | 2018

Impressum

DASL – Kompakt Heft 1 | 2018

Herausgeber

Deutsche Akademie für Städtebau

und Landesplanung e. V.

Schicklerstraße 5 -7, 10179 Berlin

Fon 030 230 822 31 Fax 030 230 822 32 Mail info@dasl.de www.dasl.de

Layout, Redaktion und Koordination

DASL: Irene Gaus, Uta Volkmann

ISB: Kerstin Heinze ISW: Sarah Dörr

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Ihre Anregungen, aber auch interessante Nachrichten, Kommentare und Kritik sind uns per E-Mail info@dasl.de immer willkommen.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in Einzelfällen auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beiderlei Geschlecht.

Druck:

ESM Satz und Grafik GmbH, Berlin

© DASL, Mai 2018

Quellennachweis

S. 41 oben:

S. 41 mitte:

S. 41 unten:

MeinFrankfurtModell © HMF, Foto: Stefanie Kösling S. 3: Elisabeth Merk/Landeshauptstadt München S. 4 links: Wohnanlage wagnis eG, Thomas Gutsche Foto © SUPERURBAN/Bert Brüggemann S. 4 mitte: (IBA Hamburg, Weltquartier Wilhelmsburg) S. 4 rechts: S. 8-12: © SenSW, Maren Schütze S. 14: Fotos und Veranstaltungsflyer: Uta Volkmann, DASL e.V. S. 15: Veranstaltungsflyer: Forum Stadt -Netzwerk historischer Städte e.V. S. 16: Save-the-Date-Flyer: Thomas Hahn, www.polynox.de S. 18: Foto: Werner Durth Foto © SUPERURBAN/Bert Brüggemann S. 20 links: (IBA Hamburg, Weltquartier Wilhelmsburg) S. 20 rechts: Foto: Jessica Schäfer | Deutsches Architekturmuseum © DAM (Josip Budimir, 37 Jahre, Biermacher und Grafikdesigner, Offenbach am Main) "MAKING HEIMAT. GERMANY, ARRIVAL COUNTRY" 4. März – 22. Oktober 2017 im DAM S. 22: Illustration: Marzena Domagala, MINIA-ART S. 24-25: Stefan Werrer S. 27: Frank Vinken S. 28-29: ISB S. 30-31: Sarah Dörr S. 32 links: ISW S. 32 rechts: pixabay S. 33: pixabay S. 34-35: pixabay S. 36-37: ZIR S. 40: gausfotografie

Alle weiteren Abbildungen/Fotografien stellen die Autoren zur Verfügung.

Uta Volkmann

ISW

ZIR

